



## Presseschau vom 13.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

### Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

### Außer der Reihe – Lesetipps:

**de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg**

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

**Ivan Schtschedrow: Multipolare Welt: Warum die aktuelle Krise Indien und Russland noch näher zusammenbringt**

In der Außenpolitik mag es keine "ewigen Freundschaften" geben. Länder wie Russland und Indien können ihre Kräfte dennoch bündeln. Aktuell gewinnen Wirtschaftsbeziehungen an Bedeutung. Nationen weltweit müssen ihre Interessen im wirtschaftlichen Bereich neu entdecken. ...

<https://kurz.rt.com/32if> bzw. [hier](#)

**Tom J. Wellbrock: Putin dreht das Gas ab? Nein, wir könnten genug bekommen! Über die Einsamkeit des Andersdenkenden**

Kürzlich traf ich zwei alte Bekannte. Ein Paar, mit dem ich viele Jahre lang befreundet bin. Oder war. Nach wenigen Momenten kam das Gespräch auf die hohen Energiepreise. Dann auf den Ukraine-Krieg. Und dann war es auch schon wieder vorbei. ...

<https://kurz.rt.com/32j9> bzw. [hier](#)

**Darja Wolkowa: Russland hilft Saporoschje im Kampf um die Ernte**

In den befreiten Gebieten in der Region Saporoschje ist die Ernte in vollem Gange, doch sie findet unter schwierigen Bedingungen statt, selbst tief hinter den russischen Linien. Ein Problem der Bauern ist der Mangel an landwirtschaftlichen Maschinen. ...

<https://kurz.rt.com/32jz> bzw. [hier](#)

**Dagmar Henn: Wolhynien und der Schlangemensch von Warschau – Wie Polens Premier die Geschichte verbiegt**

Die Massaker von ukrainischen Nazikollaborateuren an Polen sind einem Bündnis mit Kiew im Weg. Der polnische Ministerpräsident müht sich, diesen Weg freizuräumen, unter Aufbietung aller Kräfte. Für Polen könnten das Vorzeichen für weitaus Schlimmeres sein. ...

<https://kurz.rt.com/32kb> bzw. [hier](#)

**Jelisaweta Koroljowa: Transport des Getreides über die Krim: Wie die Bauern von Cherson mit Russland handeln**

Die Region Cherson ist durch Landwirtschaft geprägt: Allein 2,5 Mio. Tonnen Getreide werden hier pro Jahr angebaut. Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der regionalen Staatsverwaltung von Cherson, erzählte RT in einem Interview, wie die Bauern von Cherson unter drohendem Beschuss von ukrainischer Seite mit der Ernte begonnen haben, welche Produkte sie nach Russland verkaufen wollen und was sie bei russischen Produzenten kaufen werden. ...

<https://kurz.rt.com/32jv> bzw. [hier](#)

**Susan Bonath: Impfwirksamkeit und Nebenwirkungen: Wie lange kann das RKI noch mauern?**

Seit Beginn der Corona-Krise agieren das RKI und andere staatliche Behörden höchst intransparent, wenn es darum geht, massive Grundrechtseinschränkungen wissenschaftlich zu legitimieren. Besonders abenteuerlich gestaltet sich die Suche nach validen Daten über die Wirksamkeit von Impfungen gegen COVID-19 und über deren Nebenwirkungen. ...

<https://kurz.rt.com/32mr> bzw. [hier](#)

## **abends/nachts:**

### **19:14 de.rt.com: Inflation und Corona: Fast 4,5 Millionen britische Familien in ernster finanzieller Lage**

Die Zahl der britischen Haushalte, die sich in akuter finanzieller Bedrängnis befinden, ist seit Oktober laut einer Studie britischer Forscher um fast 60 Prozent gestiegen. Sie liegt nun höher als zu jedem anderen Zeitpunkt während der COVID-19-Pandemie.

Die wohltätige Stiftung "abrdn Financial Fairness" und Forscher der Universität Bristol haben erklärt, dass sich 16 Prozent der Haushalte, also rund 4,4 Millionen Familien, in "ernsten finanziellen Schwierigkeiten" befinden. Weitere 20 Prozent "kämpfen", um über die Runden zu kommen, wie die Nachrichtenagentur Bloomberg berichtet.

Die Studie offenbart den steigenden Druck auf die britischen Bürger angesichts des höchsten Inflationsdrucks seit einer Generation. Analysten erwarten, dass sich die Krise im Oktober noch weiter verschärfen wird. Denn dann sollen die Energiepreise weiter steigen, was die Inflation auf elf Prozent hochtreiben könnte.

Diese Zahlen erhöhen nicht zuletzt den Handlungsdruck auf die britische Regierung, die sich derzeit in einer tiefen politischen Krise befindet – nach dem erzwungenen Rücktritt des britischen Ministerpräsidenten Boris Johnson letzte Woche. Seine Regierung hatte im Mai zusätzliche Unterstützung im Bereich der Lebenshaltungskosten im Umfang von 15 Milliarden Pfund (17,7 Milliarden Euro) verkündet. Allerdings fordern Opposition und soziale Verbände bereits jetzt erneute Hilfsmaßnahmen, noch bevor Johnsons Nachfolger im Amt des Ministerpräsidenten im September verkündet wird. Mubin Haq, der Geschäftsführer der Stiftung "abrdn Financial Fairness", erklärte:

"Die Zeiten sind für alle hart, aber gerade die Bezieher der niedrigsten Einkommen bekommen die Auswirkungen der steigenden Preise besonders zu spüren. Die Löhne sind weitgehend stagniert und halten nicht mehr mit der Inflation Schritt; und die soziale Sicherheit ist real niedriger als noch vor über zehn Jahren. Ein umfassenderer und längerfristiger Plan ist dringend erforderlich, um sicherzustellen, dass der Lebensstandard nicht noch weiter sinkt."

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer der Umfrage, bei der es um die finanziellen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie ging, antworteten, dass sie ihre eigene finanzielle Situation im Vergleich zu vor dem Ausbruch der Pandemie als schlechter bewerten. Im letzten Oktober hatte hingegen nur ein Drittel der Befragten die eigene Situation als schlechter bewertet. In dem am Montag veröffentlichten Bericht werden auch die verschiedenen Maßnahmen beschrieben, zu denen die Betroffenen greifen, um Kosten zu sparen. Von denen, die sich in einer ernsten finanziellen Lage befinden, reduzierten 71 Prozent die Qualität ihrer Nahrungsmittel, 36 Prozent verkauften oder verpfändeten Teile ihres Eigentums und 27 Prozent kündigten Versicherungspolicen. Die Befragten gaben zudem an, weniger zu duschen und zu kochen, um Energiekosten zu sparen.

Personen, die Gelegenheitsjobs nachgehen, reduzierten oder kündigten ihre Rentenversicherungsbeiträge. Zu den am härtesten Betroffenen gehören demnach Alleinerziehende, Rentner auf Mindestsicherung und Familien mit Kindern.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd42ed48fbef052642391f.jpeg>

*Proteste gegen die steigenden Lebenshaltungskosten (Juni 2022)*

### 19:38 de.rt.com: **Britische Denkfabrik sieht "Kultur des Extremismus" bei Europas Polizeieinheiten**

Laut einem Bericht der britischen Denkfabrik Institute of Race Relations (IRR) gibt es bei den europäischen Polizeien eine "Kultur des Extremismus". Die Organisation spricht gar von "Entmenschlichung". Dies betreffe Großbritannien wie auch Kontinentaleuropa.

In einem zweiseitigen Leitartikel warnt die Direktorin der britischen Denkfabrik Institute of Race Relations (IRR), Liz Fekete, vor einer sich vertiefenden "Kultur des Extremismus" unter Polizeibeamten in ganz Europa. Laut Fekete gibt es zahlreiche Fälle von rassistischen, frauenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen unter Polizeibeamten.

Dem Bericht zufolge sollen "Entmenschlichung" und ein "Gefühl der Überlegenheit" Faktoren sein, die die Situation weiter verschlimmern würden. In dem Bericht mit dem Titel "[Rassismus, Radikalisierung und die 'dünne blaue Linie' in Europa](#)", die in der Juli-Ausgabe der Zeitschrift Race & Class veröffentlicht wurde, behauptet die IRR-Leiterin, dass sich der Rassismus "in der Polizeiarbeit verfestigt hat".

Ein "Gefühl der Straffreiheit" der Polizisten in Verbindung mit der angenommenen "besonderen Rolle und dem Status in der Gesellschaft" soll demnach in einigen Fällen zu "Kollusion und Kollaboration mit militarisierten rechtsextremen Gruppen" geführt haben, so Fekete. Sie schreibt:

"Auffallend ist, dass in mehreren Ländern, wie Frankreich, Belgien, Deutschland und Ungarn, rechtsextreme Bürgermeister- und Parlamentskandidaten ehemalige hochrangige Beamte sind."

Dem Bericht zufolge sollen die Fälle von Machtmissbrauch durch die Polizei zwar zunehmen, aber Versuche, die Beamten zur Rechenschaft zu ziehen, stießen auf eine "besonders aggressive Reaktion", vor allem in Ländern, "in denen die Unterstützung der Polizei und des Militärs als patriotische Pflicht angesehen wird", wie etwa in Frankreich.

Fekete zieht in ihrem Bericht eine Parallele zu den USA, wo die Black-Lives-Matter-Bewegung, die durch die Ermordung von George Floyd durch einen Polizeibeamten ausgelöst wurde, auf eine Blue-Lives-Matter-Gegenbewegung stieß. Diese bestand darauf, dass Angriffe auf Strafverfolgungsbehörden auch als Hassverbrechen behandelt werden sollten. In ihren Recherchen will Fekete festgestellt haben, dass es in Europa einen ähnlichen Trend gebe, "die Polizei als Opfer darzustellen".

Sie verweist dabei auf die Niederlande, die für ein "liberales, gemeinschaftsorientiertes Modell" der Polizeiarbeit bekannt seien, aber auch dort reagierten die Gewerkschaften der Strafverfolgungsbehörden "aggressiv auf Kritik", insbesondere auf Versuche, das "Racial Profiling durch die Einführung von Überwachungsmaßnahmen einzudämmen". Weiter

schreibt Fekete:

"Wir erleben eine ideologische Gegenreaktion von Politikern, Polizeiführern, Polizeigewerkschaften und verwandten Gremien, die aggressiv in den öffentlichen Raum eingreifen, um den Einsatz von tödlichen Waffen, gefährlichen Fesselungstechniken und rassistischen Profilerstellungen auf den Straßen zu verteidigen."

Die "systematischen Vorurteile" – Rassismus, eine "entmenschlichende Mentalität" und ein "allgemeines Gefühl der Straflosigkeit" – sollen Fekete zufolge besonders deutlich in den privaten WhatsApp-Gruppen und Facebook-Pinnwänden von Polizeibeamten zum Vorschein kommen, die, wie Fekete feststellt, "eine unangenehme Lektüre darstellen". Sie schreibt weiter:

"Die heutige Krise der Polizeiarbeit ist symptomatisch für die allgemeine Krise der Demokratie."

Der Bericht folgt auf eine Reihe von Skandalen in Großbritannien über das Verhalten der Polizei. Im Februar forderte das Unabhängige Büro für polizeiliches Verhalten (Independent Office for Police Conduct, IOPC) Scotland Yard auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, um Rassismus auszumerzen, gegen Mobbing vorzugehen und Beamte im "angemessenen Umgang mit sozialen Medien" zu schulen. Der 15-seitige Bericht des IOPC enthüllte "Rassismus, Frauenfeindlichkeit, Mobbing und den Austausch von beleidigenden Nachrichten in sozialen Medien" in den Reihen der Metropolitan Police.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd32ecb480cc792f3fe026.jpg>

*Demonstration gegen die Pläne der niederländischen Regierung zur Senkung der Stickstoffemissionen in Nijkerk am 5. Juli 2022. Bei den Bauernprotesten schossen Polizisten auf einen 16-Jährigen.*

19:45 de.rt.com: **DVR verhandelt mit Nordkorea über Anerkennung als unabhängiger Staat**

Die Donezker Volksrepublik (DVR) verhandelt mit Nordkorea über ihre Anerkennung als unabhängiger Staat. Es sollen bereits mehrere Arbeitstreffen zu diesem Thema stattgefunden haben. Dies erklärte die Außenministerin der DVR, Natalja Nikonorowa, in der Vertretung der Republik in Russland. Wörtlich hieß es:

"Und nun zur Demokratischen Volksrepublik Korea. Wir haben mehrere Arbeitstreffen mit dem Botschafter dieses Staates in Moskau gehabt, wir führen einen Dialog über diese Frage." Nikonorowa fügte hinzu, dass die DVR auch aktiv mit Syrien zusammenarbeite. "Wir hoffen, dass wir bald diplomatische Beziehungen aufnehmen können. Der Prozess ist im Gange", so die Außenministerin weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cda3d8b480cc4d2f715de7.jpg>

### 19:55 de.rt.com: **Nord Stream 2 erzielt Teilerfolg vor Europäischem Gerichtshof**

Die Nord Stream 2 AG hat einen Erfolg vor Gericht erringen können: Der Europäische Gerichtshof hat einer Klage gegen die sogenannte EU-Gasrichtlinie zugestimmt. Ob damit die Chancen auf Inbetriebnahme der längst fertigen Pipeline steigen, ist indes noch ungewiss. Die eng mit dem russischen Energiekonzern Gazprom verbundene Nord Stream 2 AG [darf](#) nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegen die EU-Gasrichtlinie klagen. Das höchste europäische Gericht hob am Dienstag einen Beschluss des untergeordneten EU-Gerichts auf, das eine Klage des Unternehmens zunächst abgewiesen hatte (Rechtssache C-348/20 P).

Ob das Urteil für die Nord Stream 2 AG mehr als symbolische Bedeutung hat, blieb zunächst unklar. Grund ist, dass das Unternehmen die gleichnamige Gaspipeline in absehbarer Zeit aus politischen Gründen nicht in Betrieb nehmen kann. Denn das Genehmigungsverfahren für Nord Stream 2 wurde im Februar wegen des russischen Vorgehens im Ukraine-Konflikt von der Bundesregierung gestoppt.

Hintergrund der Klage der Nord Stream 2 AG ist die nach Genehmigungen und Baubeginn der Leitung Nord Stream 2 nachträglich eingeführte EU-Gasrichtlinie von 2019. Sie legt Auflagen für Energieunternehmen fest – etwa die Trennung vom Betrieb einer Leitung und dem Vertrieb des Gases.

Das Urteil des EuGH könnte von EU-Seite möglicherweise dafür sorgen, doch noch ein Hintertürchen zur Inbetriebnahme der Gasleitung zu öffnen und fürs Erste den Anschein eines rechtsstaatlichen Verfahrens zu wahren – nach einer Reihe massiver politischer Interventionen aus Berlin und Brüssel in den Genehmigungsprozess der Pipeline.

Die Nord Stream 2 AG ist eine Tochtergesellschaft des russischen Gaskonzerns Gazprom und hat ihren Hauptsitz im schweizerischen Zug. Ihre durch die Ostsee verlegte und seit Monaten fertiggestellte, im Prinzip [betriebsbereite Pipeline](#) hätte russisches Gas nach Deutschland bringen sollen. Doch die USA verhängten Sanktionen gegen die Nord Stream 2 AG und untersagten damit weitere Geschäfte mit dem Unternehmen. Eine Insolvenz konnte die Nord Stream 2 AG im Mai abwenden.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cda1fc48fbef0658189824.jpg>

## 20:04 de.rt.com: **7.100 ausländische Söldner verlängern das Leiden und Sterben in der Ukraine**

Kiew hat große Verluste in seiner Armee zu beklagen, behauptet aber, über 20.000 ausländische Freiwillige unterstützen die Ukraine militärisch. Tatsächlich liegt ihre Zahl viel niedriger – und allein in den letzten drei Wochen sollen über 400 getötet worden sein. Die optimistischen Angaben aus Kiew über die fünfstellige Anzahl von ausländischen Freiwilligen, die in der Ukraine an der Seite der Armee und der nazistischen Verbände gegen die Volksrepubliken und ihre russischen Verbündeten kämpfen, dürften weit übertrieben sein. Wie russische Nachrichtenagenturen [berichteten](#), hat das Verteidigungsministerium in Moskau nun neue Angaben zur Zahl fremder Söldner in der Ukraine präsentiert. Aus den Angaben des Ministeriums [geht](#) hervor, dass seit Beginn der militärischen Sonderoperation bereits mehr als 7.100 Söldner aus mehr als 60 Ländern auf ukrainischem Gebiet eingetroffen seien. Darunter seien Söldner aus den meisten europäischen Ländern, einschließlich Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, aus Süd- und Nordamerika, einschließlich den USA und Kanada, aber auch aus asiatischen Ländern, einschließlich Japan und Südkorea, und aus vielen afrikanischen Ländern in der Ukraine registriert worden.

### **Kiew übertreibt Zahl der Freiwilligen**

Die Aussagen Kiews über die angeblich 20.000 ausländischen Freiwilligen, die in der Ukraine eingetroffen seien, erscheinen demnach weit übertrieben. Tatsächlich betrage ihre Zahl nur ein Drittel (gut 7.100) – und nehme zudem noch stetig ab.

Denn russische Truppen und Einheiten der Volksrepubliken Donezk und Lugansk hätten allein in den vergangenen drei Wochen fast 400 – exakt 391 – ausländische Söldner getötet, während weitere 240 Kämpfer aus dem Land geflohen seien, so das Verteidigungsministerium.

Das Ministerium legte auch Daten über die nationale Zugehörigkeit der 7.100 Söldner vor. Die meisten von ihnen, 1.835, seien Polen, von denen 544 getötet worden seien und 347 das Land während der Feindseligkeiten wieder verlassen hätten. Von den während der vergangenen drei Wochen gefallenen Söldnern sollen nach Angaben des Ministeriums ebenfalls Polen mit 166 Personen den größten Teil der getöteten Ausländer ausmachen.

"Unter den Vertretern Georgiens wurden 50 'Glücksritter' vernichtet, das Vereinigte Königreich hat weitere 23 Söldner verloren, die in der Ukraine getötet wurden. In den letzten drei Wochen wurden außerdem 21 rumänische und 15 kanadische Kämpfer getötet", so das Verteidigungsministerium.

## ЧИСЛЕННОСТЬ ИНОСТРАННЫХ НАЕМНИКОВ НА УКРАИНЕ

Страна	Прибыло с 24.02.22	Уничтожено	Убыло	Всего	***
<b>Европа</b>					
Польша	1835	544	347	944	-237
Румыния	504	123	119	262	-42
Великобритания	429	124	107	198	-28
Белоруссия	208	78	61	69	
Франция	185	73	46	66	-13
Португалия	105	20	20	65	-3
Хорватия	204	81	58	65	-14
Босния и Герцеговина	168	53	56	59	-11
Албания	150	51	45	54	-14
Эстония	164	56	54	54	-6
Северная Македония	79	24	19	36	-3
Германия	101	37	34	30	-2
Ирландия	71	26	17	28	-6
Финляндия	75	20	29	26	-1
Италия	72	21	26	25	+1
Косово	156	69	62	25	-10
Литва	131	60	46	25	-11
Швейцария	56	17	19	20	-2
Нидерланды	42	13	15	14	-3
Испания	21	6	4	11	-1
Латвия	18	8	4	6	-2
Дания	8	2	2	4	+1
Норвегия	16	6	7	3	
Чехия	33	15	15	3	-1
Австрия	5	2	1	2	
Бельгия	14	3	9	2	-1
Болгария	3		1	2	
Словакия	3		1	2	
Венгрия	1			1	
Греция	4	1	2	1	
Люксембург	1			1	
Молдавия	2		1	1	
Черногория	2	1		1	
Швеция	36	5	30	1	
<b>Всего</b>	<b>4902</b>	<b>1539</b>	<b>1257</b>	<b>2106</b>	<b>-409</b>

Страна	Прибыло с 24.02.22	Уничтожено	Убыло	Всего	***
<b>Америка</b>					
Канада	605	177	189	239	-31
США	544	220	235	89	
Колумбия	65	14	9	42	+21
Боливия	50	15	25	10	-2
Бразилия	46	19	18	9	-3
Перу	4		1	3	+1
Аргентина	2		1	1	
Венесуэла	1			1	
Чили	1			1	
<b>Всего</b>	<b>1318</b>	<b>445</b>	<b>478</b>	<b>395</b>	<b>-14</b>
<b>Азия</b>					
Грузия	368	170	107	91	-54
Сирия	200	94	75	31	-23
Турция	61	21	20	20	-22
Израиль	35	10	11	14	-4
Иран	1			1	
Казахстан	1			1	
Кипр	1			1	
Китай	1			1	
Республика Корея	13	4	8	1	
Узбекистан	1			1	
Япония	1			1	
Азербайджан	1	1		0	
<b>Всего</b>	<b>684</b>	<b>300</b>	<b>221</b>	<b>163</b>	<b>-103</b>
<b>Африка</b>					
Алжир	51			51	+51
Нигерия	85	38	39	8	-4
Сенегал	15	4	6	5	
ЮАР	25	10	11	4	-1
Габон	5	2	1	2	
Гвинея	10	4	4	2	
Либерия	5	2	1	2	
Экваториальная Гвинея	2	1		1	
<b>Всего</b>	<b>198</b>	<b>61</b>	<b>62</b>	<b>75</b>	<b>+46</b>
<b>Австралия и Океания</b>					
Австралия	4	2	1	1	
Новая Зеландия	1			1	
<b>Всего</b>	<b>5</b>	<b>2</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	
<b>Итого</b>	<b>7107</b>	<b>2347</b>	<b>2019</b>	<b>2741</b>	
***	+151	+391	+240	-480	

\*\*\* – изменение количества наемников по сравнению с данными за 17.06.22

<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cd667cb480cc4c2273dbc8.jpg>

Übersicht zur Anzahl ausländischer Söldner in der Ukraine, 12. Juli 2022

(RIA Nowosti / [https://t.me/rian\\_ru/170777](https://t.me/rian_ru/170777) / Sputnik)

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, führte weiter aus:

"In den letzten drei Wochen ist die Zahl der Söldner in der Ukraine von 3.221 auf 2.741 zurückgegangen, was auf die Offensivaktionen der russischen Streitkräfte und der Einheiten der Volksmilizen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk zurückzuführen ist."

Konaschenkow betonte ein weiteres Mal:

"Nach dem humanitären Völkerrecht sind ausländische Söldner keine Kombattanten, und das Beste, das sie erwartet, wenn sie lebend gefangen genommen werden, ist ein Prozess und eine maximale Gefängnisstrafe."

### **Auch Moskau registriert alle ausländischen Söldner**

Darüber hinaus habe Moskau ein Auge auf die Söldner, noch bevor sie in der Ukraine eintreffen, spätestens aber in der Ukraine selbst. Der Ministeriumssprecher sagte: "Das russische Verteidigungsministerium verfolgt und registriert namentlich alle ausländischen Söldner, die in die Ukraine gekommen sind, um an Kampfhandlungen teilzunehmen."

So seien beispielsweise am 6. Juli "zwei britische Staatsangehörige, Colin Scott und Adrian Davis, sowie drei US-Bürger, Michael Vujkovic, Andrew Fox und Oliver Short, am Sammel- und Unterkunftsart für ausländische Söldner in der Kosmjan-Straße 1 in der polnischen Stadt Zamość" eingetroffen.

"Wir empfehlen diesen Bürgern, zur Vernunft zu kommen und lebend nach Hause zurückzukehren", sagte Konaschenkow.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd67f7b480cc4d197bf95c.jpg>

*Die beiden Briten Aiden Aslin und Shaun Pinner sowie der Marokkaner Brahim Saadun bei der Gerichtsverhandlung in Donezk. Am 9. Juni hat das Oberste Gericht der Volksrepublik Donezk die drei Ausländer zur Todesstrafe verurteilt. (Aufnahme vom 7. Juni 2022)*

### **20:10 de.rt.com: Medienbericht: NATO und EU wollen Kontrolle der Waffenlieferungen an die Ukraine verschärfen**

Die NATO und die Europäische Union sind besorgt, dass die an Kiew gelieferten Waffen auf dem Schwarzmarkt landen könnten. In diesem Zusammenhang beabsichtigen sie, die Kontrolle über den Transfer von militärischer Ausrüstung zu verschärfen, berichtete Financial Times unter Berufung auf Quellen.

Der Zeitung zufolge erörtern einige Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses mit Kiew die Möglichkeit, eine Art Rückverfolgungssystem oder eine detaillierte Liste der gelieferten Waffen zu erstellen.

"All diese Waffen kommen in Südpolen an, werden an die Grenze gebracht und dann für den Grenzübergang auf Fahrzeuge verteilt: Lastwagen, Kleintransporter, manchmal auch Privatwagen",

sagte ein westlicher Beamter der Zeitung. Er fügte hinzu, dass man anschließend nicht wisse, wo sich die Ausrüstung befinde, ob sie benutzt werde und ob sie überhaupt im Zielland angekommen sei.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cdafe8b480cc4d2f715df5.jpg>  
*Ukrainische Militärs an einer französischen CAESAR-Haubitze*

20:35 de.rt.com: **Aschbacher: ESA beendet zuvor ausgesetzte Zusammenarbeit mit Roskosmos beim Programm ExoMars-2022**

Die Europäische Weltraumorganisation (ESA) beendet ihre bisher ausgesetzte Zusammenarbeit mit der russischen Weltraumorganisation Roskosmos im Rahmen des ExoMars-Programms. Dies teilte der Leiter der europäischen Einrichtung, Josef Aschbacher, mit:

"Der Vorstand hat mich angewiesen, die derzeit ausgesetzte Zusammenarbeit mit Roskosmos bei der ExoMars-Rover- und Landeplattform-Mission offiziell zu beenden."

Roskosmos bedauere ihrerseits, dass die europäische Suche nach Anzeichen von Leben auf dem Mars weniger wichtig gewesen sei als "die politischen Ambitionen von Beamten", so die russische Raumfahrtbehörde. Roskosmos-Chef Rogosin erklärte in diesem Zusammenhang, er werde anweisen, den European Robotic Arm am russischen ISS-Modul außer Betrieb zu setzen.

Am 17. März hatte der Verwaltungsrat der Europäischen Weltraumorganisation entschieden, dass die Zusammenarbeit mit Roskosmos bei der Mission zur Erforschung der Marsoberfläche, ExoMars, nicht fortgesetzt wird.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cdb6e948fbef0941427e8a.jpg>  
*ESA-Chef Josef Aschbacher*

21:00 de.rt.com: **Ukrainischer Diversant im Gebiet Saporoschje festgenommen**

Ein ukrainischer Saboteur ist im Gebiet Saporoschje festgenommen worden. Das berichtete das Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung der Region, Wladimir Rogow, auf seinem Telegram-Kanal. Dabei soll es sich um einen Mann namens Jaroslaw Schuk

handeln, der am 17. Juni einen Mordversuch gegen die Leiterin des Bildungsministeriums von Melitopol, Jelena Schapurowa, begangen hatte. Schuk kooperiere bei den Ermittlungen und lege Geständnisse gegen seine Komplizen ab, so Rogow.

Der Festgenommene gab an, im Auftrag der ukrainischen Streitkräfte gehandelt zu haben, und verwies darauf, dass der ehemalige Bürgermeister von Melitopol, Iwan Fjodorow, unmittelbar an der Vorbereitung der Terroranschläge beteiligt gewesen sei. Darüber hinaus nannte er den Namen eines Einwohners der Stadt, der in den früheren Bombenanschlag auf die Eisenbahn und den Terrorangriff am Tag Russlands verwickelt gewesen sein soll. Diese Person wurde zur Fahndung ausgeschrieben.

#### 21:22 de.rt.com: **Kreml: Putin wird Staatsoberhäupter von Iran und Türkei treffen**

Der russische Präsident plant für nächste Woche einen Besuch in Teheran, bei dem er an einem trilateralen Treffen mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan teilnehmen wird.

Der russische Präsident Wladimir Putin wird am 19. Juli zu Gesprächen mit seinem iranischen und seinem türkischen Amtskollegen nach Teheran reisen, kündigte der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Dienstag während einer Pressekonferenz an. Putin werde an einem trilateralen Treffen mit dem iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi und dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan im Rahmen des sogenannten "Astana-Friedensprozesses" teilnehmen. Das Format wurde Anfang 2017 mit dem Ziel ins Leben gerufen, den seit elf Jahren andauernden Konflikt in Syrien zu beenden.

"Neben dem trilateralen Treffen wird es auch bilaterale Treffen geben", sagte Peskow.

Putin und Erdoğan hatten am Montag ein Telefongespräch geführt, in dem sie über die Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel, die Verwendung nationaler Währungen bei Transaktionen und russische Energieträgerlieferungen sprachen. Die beiden Staatsoberhäupter tauschten sich auch über die Lage in der Ukraine aus, "auch im Zusammenhang mit der Koordinierung der Bemühungen um die Sicherheit der Schifffahrt im Schwarzen Meer und der Getreideexporte auf die Weltmärkte", heißt es in dem auf der Website des Kremls veröffentlichten Gesprächsprotokoll.

Laut der Direktion für Kommunikation des türkischen Präsidenten sagte Erdoğan seinem russischen Amtskollegen, "dass es an der Zeit sei, dass die Vereinten Nationen Maßnahmen für den Plan zur Schaffung sicherer Korridore über das Schwarze Meer für den Getreideexport ergreifen".

Kiew und westliche Staaten haben Russland beschuldigt, die Lebensmittelexporte aus den ukrainischen Schwarzmeerhäfen zu blockieren, was angeblich zum Anstieg der weltweiten Lebensmittelpreise beigetragen habe. Moskau bestreitet diese Vorwürfe und betont, es biete Frachtern Möglichkeiten für eine sichere Durchfahrt, während die Ukraine zivile Schiffe am Verlassen der Häfen hindere. Russland behauptet auch, dass von Kiew verlegte Seeminen eine Bedrohung für die Schifffahrt in dem Gebiet darstellen.

Das Hauptthema der Gespräche zwischen Putin und Raisi werde laut Mohammad Reza Pour Ebrahimi, dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des iranischen Parlaments, die "Planung für die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen dem Iran und Russland" sein.

Er begrüßte die Ergebnisse des Besuchs von Raisi in Russland im Januar, wodurch ein "neues Kapitel der Wirtschaftsbeziehungen" zwischen den beiden Ländern markiert wurde. Der Vorsitzende der Kommission erklärte außerdem, dass Russland angesichts der von westlichen Ländern verhängten Sanktionen "immer dringender" eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Iran benötige.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd888ab480cc4d027e77c6.jpg>

*Der iranische Präsident Ebrahim Raisi und der russische Präsident Wladimir Putin in der turkmenischen Hauptstadt Aschhabad am 29. Juni 2022*

### 21:25 de.rt.com: **Russisches Katastrophenschutzministerium liefert humanitäre Hilfe nach Nowaja Kachowka**

Allmählich kommt die humanitäre Hilfe des russischen Katastrophenschutzministeriums in der von einem ukrainischen Raketenangriff getroffenen Stadt Nowaja Kachowka an. Drei Fahrzeuge mit Hilfsgütern seien bereits eingetroffen, vier weitere würden am Mittwoch erwartet, sagte der Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Bezirks Kachowka, Wladimir Leontjew, dem Fernsehsender RBK.

Er teilte ferner mit, dass die Einwohner der Stadt, die durch den Angriff obdachlos geworden seien, in provisorischen Unterkünften untergebracht würden.

### 21:50 de.rt.com: **Russischer Botschafter: UN-Sicherheitsratssitzung zum Neonazismus in der Ukraine "entwaffnete" Westen**

Das auf Initiative der russischen Seite einberufene informelle Treffen des UN-Sicherheitsrates zum Kampf gegen den Neonazismus in der Ukraine habe die westlichen Länder der Argumente beraubt. Dies verkündete der Erste Stellvertretende Ständige Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen, Dmitri Poljanski. Wörtlich hieß es: "Unsere westlichen Kollegen waren absolut entwaffnet und konnten nichts anderes sagen, als die spezielle Militäroperation und die Aktionen in der Ukraine zu verurteilen. Denn die von uns vorgelegten Fakten, einschließlich Video- und Fotoaufnahmen, die normalerweise im Rat bei formellen Sitzungen nicht gezeigt werden, waren sehr überzeugend und es war schwierig, uns irgendwie zu widersprechen."

Poljanski präziserte ferner, dass der Zweck der Einberufung einer informellen sogenannten Arria-Sitzung des UN-Sicherheitsrates darin bestanden habe, der Welt den gegenwärtigen Zustand des Nazismus in der Ukraine zu zeigen und zu erörtern, wo dieser seinen Ursprung hat.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cdc4fc48fbef175772643b.jpg>

### 21:58 de.rt.com: **Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes: Polen beabsichtigt, Teile der Ukraine zu erobern**

Der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes, Sergei Naryschkin, hat die polnischen Behörden erneut beschuldigt, Pläne zur Übernahme der Westukraine zu verfolgen. Ihm zufolge kann Warschau zu diesem Zweck die Hilfe von Ungarn und Rumänien in Anspruch nehmen.

Polen ist bereit, in der Ukraine-Frage aktiver mit Ungarn und Rumänien zusammenzuarbeiten, um seine Pläne zur Übernahme der Westukraine zu verschleiern. Dies sagte der Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes SWR, Sergei Naryschkin. In der Erklärung heißt es: "Es wird vorgeschlagen, den Schwerpunkt auf die Schaffung eines Bildes der 'kollektiven Beteiligung' aller europäischen Nachbarn der Ukraine an den Angelegenheiten Kiews zu legen. Zu diesem Zweck ist Warschau bereit, in der ukrainischen Frage aktiver mit Ungarn und Rumänien zusammenzuarbeiten und sich so mit ihnen abzustimmen, um seine eigenen Pläne umzusetzen."

Die SWR ist der Ansicht, dass die polnischen Behörden versuchen, ihre "Expansion" in die Westukraine zu tarnen, indem sie zu diesem Zweck "massive Tarnpropaganda" betreiben. Naryschkin spricht von einer möglichen polnischen Übernahme der Westukraine ab April. Unter Berufung auf Geheimdienstinformationen behauptet Naryschkin, Polen entwickle einen Plan, um die Kontrolle über seine "historischen Besitztümer" in der Ukraine zu übernehmen. Ende Juni hatte Naryschkin erklärt, die polnischen Behörden arbeiteten an mehreren möglichen Szenarien für eine "Zerstückelung" der Ukraine. Ihm zufolge soll im Westen der Ukraine ein von Polen kontrollierter Stellvertreterstaat geschaffen werden, während der zentrale Teil des Landes als Pufferzone dienen soll, um einen direkten Zusammenstoß mit Russland zu vermeiden.

Nach Ansicht des SWR-Chefs werden die USA und Großbritannien gezwungen sein, sich mit der Kontrolle Polens über die Westukraine abzufinden. Zuvor hatte Naryschkin erklärt, dass das Szenario einer Übernahme der Westukraine gemeinsam mit Washington ausgearbeitet werde.

Im März hatte der stellvertretende polnische Ministerpräsident Jarosław Kaczyński die Entsendung von NATO-Friedenstruppen in die Ukraine vorgeschlagen. Daraufhin räumte der russische Außenminister Sergei Lawrow ein, dass Warschau ein Hauptquartier in Lemberg einrichten und "dort bleiben" wolle.

Warschau wies die von den russischen Behörden erhobenen Vorwürfe zurück. Stanisław Żaryn, Sprecher des Koordinators des polnischen Geheimdienstes, erklärte:

"Lügen über angebliche Pläne Polens, die Westukraine anzugreifen, werden seit mehreren Jahren wiederholt."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cdc42cb480cc62c038cfd1.jpg>

Sergei Naryschkin, Leiter des russischen Auslandsgeheimdienstes

22:10 de.rt.com: **Moskau: Ukraine plant Fake-Videos über angebliches Aufspüren "russischer Sabotagegruppen"**

Der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) plant für die zweite Julihälfte den Dreh inszenierter Videos in Odessa über angebliche russische Saboteure, die von Kämpfern der Territorialverteidigung gespielt werden sollen. Dies hat Generaloberst Michail Misinzew, der Leiter des russischen Zentrums für Verteidigungsmanagement, mitgeteilt:

"Nach zuverlässigen Informationen plant die SBU-Führung in Odessa in der zweiten Dekade des Juli 2022 drei inszenierte Berichte über die angeblich hohen Leistungen ihrer Beamten bei der Aufdeckung und Unterdrückung russischer Sabotagegruppen zu drehen. Die Rolle der Saboteure wird von Kämpfern der Territorialverteidigung übernommen."

Misinzew merkte an, dass diese gefälschten Fotos und Videos aktiv in den ukrainischen und westlichen Medien sowie in Online-Ressourcen verbreitet werden sollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cdd01348fbef1538468cd2.jpg>

22:18 de.rt.com: **Medwedew: USA und Großbritannien täuschen EU wie Hütchenspieler**

Dmitri Medwedew, der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates, vertritt die Ansicht, dass die EU die Folgen der Sanktionen gegen Russland nicht richtig eingeschätzt habe. Seiner Meinung nach haben die USA und Großbritannien die Europäer wie Hütchenspieler betrogen.

Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und ehemalige Präsident Russlands, Dmitri Medwedew, hat erklärt, die USA und das Vereinigte Königreich hätten "die Europäer wie Hütchenspieler betrogen." Dies schrieb er auf seinem Telegram-Kanal, nachdem der Euro zum ersten Mal seit 2002 wieder mit dem US-Dollar gleichgezogen hatte.

Medwedew erklärte:

"Die Verbilligung der europäischen Währung gegenüber der US-Währung ist zu einem ausgezeichneten Indikator dafür geworden, wer für die blutige Krise in der 'Nesaleschnaja' (Ukraine) einen Pfennig bezahlt. Washington hat zusammen mit London die Europäer wie ein Hütchenspieler vorgeführt. Der Krieg ist bekanntlich eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Als sie einen Wirtschaftskrieg begannen, hätten sie an ihre eigenen Währungs- und Wirtschaftsprobleme denken sollen, anstatt sinnlose Beschränkungen aufzuerlegen."

Seiner Meinung nach schätzten die USA die Folgen des Sanktionsdrucks sorgfältiger ein als die EU und "bestrafen sich selbst viel seltener" – während die Europäer unter den auferlegten Einschränkungen leiden. Medwedew ist der Ansicht, dass die EU-Länder sich zunächst selbst geschadet hätten, indem sie "die Sanktionskanone" abgefeuert hätten. Nun ernteten sie die bitteren Früchte des Produktionsrückgangs, der kritischen Produktinflation, des Verlusts der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Waren und des Wartens auf einen Winter in eisigen Wohnungen ohne russisches Gas. Der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates meint: "Weltweit ist dies eine Bestätigung für die extrem schlecht durchdachten Sanktionen gegen Russland."

Gleichzeitig betonte er, dass die Zahlungsfähigkeit Europas für Russland "keine große Rolle" spiele. Medwedew erklärte:

"Wir müssen daran arbeiten, unsere Wirtschaft an die neuen, sehr schwierigen Bedingungen anzupassen. Wir müssen die Probleme in der Industrie lösen, einschließlich der Sicherung der technologischen Souveränität. Es gibt noch eine Menge zu tun."

Am Dienstag fiel der Euro auf dem internationalen Devisenmarkt Forex gegenüber dem US-Dollar um fast 0,4 Prozent auf 1,0000 US-Dollar. Das letzte Mal, dass die beiden Währungen die Parität erreichten, war Anfang Dezember 2002.

Medwedew hatte wiederholt erklärt, dass die Sanktionen gegen Russland äußerst negative Auswirkungen auf die westlichen Volkswirtschaften haben würden. Seiner Ansicht nach wird sich die Energiekrise – die vor dem Hintergrund der Versuche, auf russische Energieressourcen zu verzichten, entstanden ist – in Europa noch verschärfen. Auch die europäische "Dienstleistungswirtschaft und die digitalen Währungen" werden zusammenbrechen, sagte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates. Ihm zufolge gelangen die westlichen Länder allmählich zu der Erkenntnis, dass sie ohne russische Ressourcen nicht in der Lage sein werden, Inflation und wirtschaftlichen Niedergang zu vermeiden. Medwedew führte aus:

"Wir warten auf den Herbst, wenn sie die wichtigsten Sanktionspflanzen ernten müssen. In der Zwischenzeit fährt ihre Dampfwalze der Dienstleistungswirtschaft und der digitalen Währungen mit Volldampf gegen die Wand."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd935eb480cc4c2273dc0a.jpg>

22:30 de.rt.com: **Brjansker Gouverneur meldet Beschuss durch Ukraine**

Der Gouverneur des russischen Gebiets Brjansk Alexander Bogomas hat berichtet, dass die Siedlung Belaja Bereska von der Ukraine mit etwa 18 Mörsergranaten beschossen worden sei.

Bogomas zufolge habe es keine Verletzten gegeben. Der Gouverneur veröffentlichte die Bilder der Explosionskrater auf seinem Telegram-Kanal und schrieb darunter: "Alle zuständigen Dienste sind vor Ort tätig."

### **vormittags:**

#### **6:30 de.rt.com: Städtetag: Niemand soll frieren, Habeck: Das werden wir sehen**

Der Deutsche Städtetag versucht, die Ängste vieler Bürger vor einem Winter des Frierens zu beschwichtigen. Sie hätten Priorität bei der Versorgung. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck grätschte sofort dazwischen. Alle müssten "ihren Anteil leisten".

"Niemand soll im Winter frieren müssen", [lautet](#) die Aussage der stellvertretenden Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Städtetages, Verena Göppert, heute gegenüber den Medien. Private Verbraucher seien besonders geschützt, bei ihnen werde zuletzt gespart. Auch Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy [meinte](#): "Einkommensschwache dürfen im Winter nicht in kalten Wohnungen sitzen. Energiepolitik ist auch Sozial- und Wirtschaftspolitik."

Die kommunalen Versorger seien allerdings in einer Zwangslage: "Wenn Stadtwerke die Preissteigerungen an die Verbraucher weitergeben, werden viele Haushalte überfordert. Geben sie die Preissprünge nicht weiter, drohen sie pleitezugehen. Dann steht die Versorgungssicherheit auf dem Spiel." Schließlich müssten sie zu den überhöhten Preisen einkaufen.

Hinter der Sorge Dedys steht das Problem, dass an vielen Orten die kommunalen Versorger als größte Anbieter und damit Grundversorger die Versorgung unternehmen müssen, wenn kleinere Gaslieferanten zusammenbrechen. Diese Entwicklung begann bereits im Frühjahr. Sollten die kommunalen Unternehmen Verluste machen oder gar von der Pleite bedroht sein, müssten die Kommunen als Eigentümer dafür haften. Viele Kommunen, die bereits seit Jahren unter Haushaltsaufsicht stehen, dürften ihre Energieversorger in dieser Lage nicht halten können, wenn sie dabei von Landes- oder Bundesebene nicht unterstützt werden.

"Nicht jede Preissteigerung wird sich mit Steuergeld auffangen lassen, das ist klar", sagte Dedy, setzte aber auf eine gesetzliche Umlage, die die erhöhten Gaspreise zumindest regional angleichen würde – und appellierte: "Wir alle müssen sparen, sparen, sparen."

Viele Kommunen haben jetzt bereits in Schwimmbädern die Wassertemperatur abgesenkt oder die Nachtbeleuchtung reduziert. Die Städte arbeiteten zusammen mit ihren Versorgern auch an Notfallplänen, falls das Gas rationiert werden sollte.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, das dafür zuständig wäre, die Rationierungen zuzuteilen, [erklärt](#) allerdings bisher nur: "In Bezug auf Gas-Mangel sind die Fachleute im Bereich Kritische Infrastrukturen sehr wachsam und im ständigen Austausch mit der Bundesnetzagentur." Man wolle "die Lage genau bewerten (...) können und wenn nötig Ableitungen für den Bevölkerungsschutz (...) ziehen". Das Gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern sei noch im Aufbau. Diese Aussage erweckt nur begrenzt Vertrauen. Die Wohlfahrtsverbände haben sich teils schon mehrfach mit Bedenken geäußert. So hatte der Sozialverband VdK beispielsweise bereits Anfang Juni [erklärt](#), die Aufforderungen zum Energiesparen seien gerade für die ärmere Bevölkerung schwer zu befolgen. Wer arm sei, "hat kein Geld für eine gut isolierte Wohnung oder einen sparsamen Kühlschrank". Ein Problem, das seit Jahren bekannt ist; auf den damals erfolgten Vorschlag, zumindest die Haushaltsgeräte außerhalb des Regelsatzes zu finanzieren, um eine Anschaffung sparsamerer Geräte möglich zu machen, erfolgte aber bisher keine Reaktion. Jetzt wurde diese Forderung durch jene nach einem Kündigungsschutz für Härtefälle [ergänzt](#). Wärmestuben, wie sie mehrere Kommunen bereits angedacht hätten, seien jedenfalls keine Lösung.

Auch die Vizepräsidentin des Sozialverbands Deutschland, Ursula Engelen-Kefer, appellierte, die Ängste vieler Menschen vor dem kommenden Winter ernst zu nehmen. "Viele fragen sich bereits jetzt, ob sie im Winter in einer kalten Wohnung sitzen müssen oder ob sie vielleicht

sogar auf der Straße landen, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können." Tatsächlich rechnen die Banken bereits mit einer Welle insolventer Verbraucher. Während bisher weder die Strukturen aufgebaut sind, um mit einer realen Notlage umzugehen, noch die erforderliche Absicherung für kommunale Versorger wie für finanziell schwache Bürger steht, ist Wirtschaftsminister Robert Habeck bereits dabei, die Prioritäten zu ändern. "Die europäische Notfallverordnung Gas sieht vor, dass kritische Infrastruktur und Verbraucher geschützt sind und Industrie und Wirtschaft nicht", [erklärte](#) er heute bei einem Besuch in Wien. Ein Vorrang für Verbraucher sei nur für kurzfristige Ausfälle sinnvoll. "Das ist aber nicht das Szenario, das wir jetzt im Moment haben." Die beruhigenden Zusicherungen des Städtetags waren also kaum veröffentlicht, als der Bundeswirtschaftsminister ihre Grundlage bereits in Frage stellte. Auch Verbraucher müssten "ihren Anteil leisten". Wozu diese ganze Not gut sein soll, scheint längst nicht mehr gefragt zu werden. Dafür liefert Habeck einen Spruch der Kategorie "Was uns nicht umbringt, macht uns nur stärker": "Unter der Oberfläche sind gerade mächtige Bewegungen im Gange, die, wenn wir diese Zeit durchstehen, diesen Kontinent, Österreich und Deutschland stark und stärker machen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cda3cfb480cc4da749c960.jpg>

*Bisher nur für Obdachlose: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier besucht am 19. Dezember 2018 eine Wärmestube in Berlin.*

#### 7:43 (6:43) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Russland forderte die Vereinigten Staaten auf, ihre Rolle beim Staatsstreich anzuerkennen**

Dmitri Poljanskij, erster stellvertretender Ständiger Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, äußerte die Meinung, dass die Vereinigten Staaten ihre Rolle bei den illegalen Aktionen auf dem Kiewer Maidan im Jahr 2014 anerkennen sollten, die zu einem Putsch in der Ukraine führten. Er drückte seinen Standpunkt auf Twitter aus bezog sich auf die Aussage des ehemaligen Sicherheitsberaters der Vereinigten Staaten John Bolton.

Am Tag zuvor hatte Bolton auf CNN den Sturm auf das Kapitol im Januar 2021, als Donald Trump noch Präsident war, kommentiert.

„Als jemand, der nicht hier [in den USA], sondern an anderen Orten bei der Planung von Putschen geholfen hat, möchte ich sagen, dass dies eine Menge Arbeit ist“, sagte Bolton.

Zudem erinnerte Poljanskij daran, dass die Vereinigten Staaten große Anstrengungen unternommen hätten, um die legitime Regierung in Venezuela zu stürzen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/49/48749\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/49/48749_720x405.jpg)

**7:00 de.rt.com: Ukrainische Aufklärungsdrohne über Melitopol abgeschossen**

Eine Kampf- und Aufklärungsdrohne der ukrainischen Streitkräfte soll über Melitopol abgeschossen worden sein. Das teilte Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Saporoschje, am Mittwoch mit. Er [schrieb](#) auf Telegram:

"Selenskijs Truppen haben wie üblich versucht, die Nachtruhe der Einwohner von Melitopol zu stören, indem sie eine Aufklärungsdrohne schickten, um die Einwohner zu belästigen." Rogow fügte hinzu, dass das Luftabwehrsystem die Drohne abgeschossen hat.

**7:35 de.rt.com: Ukrainische Streitkräfte feuern mehrere Totschka-U-Raketen auf Lugansk ab**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen mehrere taktische Raketen vom Typ Totschka-U auf Lugansk abgefeuert haben. Das teilte der Vize-Innenminister der Lugansker Volksrepublik (LVR) Witali Kiseljow am Mittwoch gegenüber der Nachrichtenagentur TASS mit. Der Angriff sei aus Städten der Donezker Volksrepublik (DVR), die derzeit von ukrainischen Truppen kontrolliert werden, durchgeführt worden. Er fügte hinzu:

"Der Angriff wurde vermutlich vom Gebiet zwischen Artjomowsk und Soledar aus gestartet." Zuvor wurde in der Nacht eine Reihe starker Explosionen in Lugansk gemeldet. Nördlich der Stadt brach ein großes Feuer aus, das über eine Stunde lang von donnernden Explosionen begleitet wurde, die in ihrer Häufigkeit und Art den Detonationen von Munition ähnelten. Andrei Marotschko, ein Offizier der LVR-Volksmiliz, teilte auf seinem Telegram-Kanal mit, dass die ukrainischen Streitkräfte einen massiven Angriff auf eine Luftabwehreinheit in Lugansk, die für die Sicherheit in der Stadt sorgt, durchgeführt hätten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce4b66b480cc1fbf575fec.jpg>  
*Eine abgeschossene ukrainische Totschka-U-Rakete*

7:55 de.rt.com: **Baerbock: Kein Kontakt mit Lawrow seit Februar**

Außenministerin Annalena Baerbock sagte dem Magazin Stern in einem Interview, sie habe mit ihrem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow seit Kriegsbeginn in der Ukraine keinen direkten Kontakt gehabt. Sie wünsche sich, sagen zu können: "Komm, Sergei, jetzt lass uns mal über den Frieden verhandeln." Sie bezweifle aber, dass Lawrow noch ein Mandat der russischen Führung habe.

Generell sieht die Grünen-Politikerin nach viereinhalb Monaten Krieg derzeit keine Möglichkeit auf Verhandlungen mit Russland. "Worüber kann man mit jemandem verhandeln, der nicht mal bereit ist, mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz humanitäre Korridore für die Flucht von Zivilisten zu vereinbaren?", fragte sie.

Baerbock wies auch Forderungen nach einem sofortigen Waffenstillstand und Verhandlungen zurück, wie dies mehrere deutsche Prominente in einem offenen Brief verlangt hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce545848fbef19956ee69c.jpg>  
*Der russische Außenminister Sergei Lawrow (rechts) und Außenministerin Annalena Baerbock am 18. Januar 2022 in Moskau*

## 8:26 de.rt.com: **"Unfreiwillige" Entscheidung: Ukrainischer "Oligarch" Achmetow übergibt Medienimperium an den Staat**

Rinat Achmetow gilt als der reichste Mann der Ukraine. Nicht nur in der Kohle- und Stahlindustrie ist er einflussreich, sondern auch in den Medien. Doch nun gab Achmetow bekannt, dass er sein Medienimperium dem Staat übergibt. Es sei eine "unfreiwillige" Entscheidung.

Der größte privatwirtschaftliche Fonds in der Ukraine gab am Montag bekannt, dass er seine Medienbeteiligungen an den Staat übergibt und damit auf ein Dekret von Präsident Wladimir Selenskij reagiert, das die Registrierung von "Oligarchen" vorschreibt. Das im Herbst vergangenen Jahres verabschiedete Gesetz sieht nämlich vor, dass alle so bezeichneten Personen sich innerhalb von sechs Monaten von ihrem Medienbesitz trennen müssen. Nach Angaben der Investmentgruppe System Capital Management (SCM), an dessen Spitze Rinat Achmetow steht, war dies angesichts des anhaltenden Konflikts nicht möglich. Nun erklärte der offiziell als der reichste Mann der Ukraine geltende Achmetow in einer Mitteilung: "Ich habe eine unfreiwillige Entscheidung getroffen, wonach sich meine Investmentgesellschaft SCM aus dem Mediengeschäft zurückziehen wird."

Aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Sechsmonatsfrist und des anhaltenden Konflikts in der Ukraine sei es für die SCM Holdings "unmöglich, ihr Mediengeschäft zu Marktbedingungen zu verkaufen", fügte er hinzu. Daher wird die Unternehmensgruppe Media Group Ukraine die Lizenzen für alle zehn "terrestrischen und satellitengestützten TV-Kanäle sowie für die Printmedien" an den Staat zurückgeben und den Betrieb aller ihrer Online-Ableger einstellen.

Das Unternehmen SCM ist Eigentümer der beiden quotenstärksten Fernsehsender des Landes – Ukraina und Ukraina 24 – sowie des beliebten Sportkanals Football 1. In der Mitteilung Achmetows heißt es, man habe in den vergangenen mehr als 20 Jahren über 1,5 Milliarden US-Dollar in das Geschäft investiert. Das Unternehmen hat inzwischen über 4.000 Mitarbeiter. Achmetow unterstrich:

"Als größter privater Investor in der ukrainischen Wirtschaft habe ich wiederholt erklärt, dass ich nie ein Oligarch war und auch in Zukunft nicht sein werde."

Sein Unternehmen ist unter anderem auch in den Sektoren Stahl, Energie und Kohle aktiv. Der in Donezk geborene Achmetow wurde im Jahr 2021 mit seinem Imperium auf 7,6 Milliarden Dollar geschätzt. Der 55-Jährige ist auch in der Sportwelt als Eigentümer des Fußballklubs Schachtjor Donezk bekannt. Zwischen 2006 und 2012 war er auch Parlamentsabgeordneter für die Partei der Regionen gewesen, die 2014 durch den von den USA unterstützten Putsch, der auch den Konflikt um den Donbass auslöste, entmachtete wurde. Seit Russland am 24. Februar seine Truppen in die Ukraine entsandt hatte, verbot der ukrainische Präsident insgesamt 15 politische Parteien als "prorussisch" und ließ eine Reihe von Oppositionellen verhaften. Am 30. Juni erließ er außerdem ein Dekret zur Einrichtung eines "Oligarchenregisters", das auf der Grundlage des im Jahr 2021 verabschiedeten Gesetzes die führenden Wirtschaftsvertreter des Landes erfasst.

Das Gesetz verbietet den als Oligarchen eingestuften Personen unter anderem die Finanzierung von politischen Parteien oder Demonstrationen sowie die Teilnahme an den Privatisierungen und verpflichtet Staatsbedienstete, jegliche Kontakte zu den so definierten Personen anzugeben.

Um als Oligarch zu gelten, muss eine Person demnach drei der vier folgenden Kriterien erfüllen: Sie muss direkt in politische Aktivitäten involviert sein, "erheblichen Einfluss" auf die Medien besitzen, von Monopolen profitieren, die von den Kartellbehörden als solche bezeichnet werden, und ein Vermögen von mehr als 81 Millionen Dollar besitzen. Eine Umfrage vom Januar 2022 ergab, dass 55 Prozent der Ukrainer Selenskij selbst für einen Oligarchen halten, in einer Reihe mit seinem Amtsvorgänger Petro Poroschenko, seinem Förderer Igor Kolomojski und Achmetow.

Am Dienstag schrieb SCM-Sprecherin Natalija Jemtschenko bei Facebook, dass es seit Mitternacht keine Nachrichten mehr auf den Seiten der Online-Zeitung segodnya.ua oder des Nachrichtensenders Ukraina 24 gebe.

Seit Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine zeigen die Sender landesweit ein einheitliches Nachrichtenprogramm. Mitte März hatte der ukrainische Präsident alle Kanäle zu einer Plattform zusammenlegen lassen. In Kriegszeiten sei es wichtig, eine einheitliche Informationspolitik zu haben, hieß es zur Begründung. Man tue dies angesichts von "Fehlinformationen des Aggressorstaates, der Verzerrung von Informationen sowie der Rechtfertigung oder Leugnung" von Angaben über die laufende russische Operation. Bereits seit 2021 hatte Selenskij nach einem überraschenden Dekret insgesamt sechs regierungskritischen TV-Sendern, die demnach als russlandfreundlich gegolten haben sollen, die Sendelizenz entzogen. Auch zwei Onlineportale ließ er schließen. Achmetows Medienunternehmen gehört zu den vier großen Mediengruppen der Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cd4e94b480cc715d6bbf07.jpg>

Rinat Achmetow

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 13.7.2022**

Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur von Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

**In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Stachanow und Lugansk mit amerikanischen Mehrfachraketenwerfern M142 HIMARS beschossen und 15 Raketen abgefeuert.**

Infolge des Beschusses auf Stachanow **starben zwei Menschen und zwei weitere wurden verletzt.** 11 mehrstöckige Wohnhäuser, der Kindergarten „Skaska“ und die Stachanower Spezialschule Nr. 10 wurden beschädigt.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Alexandrowka und Taschabanowka zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So haben die Behörden der Republik mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe in eine Schule im befreiten Lissitschansk geliefert.

### 9:00 de.rt.com: **Ukrainischer Außenminister Kuleba: Ukraine und Russland "zwei Schritte" von einer Einigung über Getreideexporte entfernt**

Die Ukraine und Russland seien "zwei Schritte" von einer Einigung über Getreideexporte

entfernt, sagte der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit der spanischen Zeitung El País. Die Ukraine sei bereit, Getreide auf den internationalen Markt zu exportieren, erklärte er.

"Wir sind zwei Schritte von einer Einigung mit Russland entfernt. Wir sind in der Endphase, jetzt hängt alles von Russland ab".

Derzeit laufen internationale Verhandlungen über den Export von Getreide aus der Ukraine über das Schwarze Meer. In Istanbul sollen am heutigen Mittwoch Vertreter Moskaus, Kiews, Ankaras und der Vereinten Nationen beraten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce5e73b480cc13b81e7884.jpg>  
g

10:03 (9:03) novorosinform.org: **Selenskij stellte den Streitkräften die Aufgabe, das gesamte Territorium der Ukraine zu befreien – Danilow**

Alexej Danilow, Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, sagte, dass die Streitkräfte der Ukraine vor der Aufgabe stünden, das gesamte Territorium des Landes und nicht nur die Region Cherson zu „besetzen“.

So kommentierte er die Aussage des ukrainischen Verteidigungsministers Alexej Resnikov, Selenskij habe den Befehl gegeben, "den Süden des Landes zurückzuholen".

"Wir sprechen über die De-Okkupation des gesamten Landes. Und wenn der Präsident unserem Militär eine solche Aufgabe stellt, sprechen wir über die gesamte Ukraine", sagte Danilow.

Gleichzeitig stellte er fest, dass die Streitkräfte der Ukraine im derzeitigen Stadium keine Möglichkeit hätten, die Gebiete unter russischer Kontrolle sofort zu befreien. Danilow äußerte die Meinung, dass dies jedoch nur eine Frage der Priorität und Zeit sei.

Zuvor hatte die Ministerin für die Wiedereingliederung der vorübergehend „besetzten“ Gebiete der Ukraine, Irina Wereschtschuk, die Bewohner der Regionen Cherson und Saporoschje im Zusammenhang mit den Plänen der Streitkräfte der Ukraine, diese Regionen „zu besetzen“, zur Evakuierung aufgefordert.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/64/48764\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/64/48764_720x405.jpg)

### 9:25 de.rt.com: **Bericht: Deutschland kauft ab August keine Kohle aus Russland**

Ab August wird Deutschland keine Kohle aus Russland mehr beziehen und ab dem 31. Dezember auch kein russisches Öl mehr. Dies berichtete Reuters unter Berufung auf den Staatssekretär Jörg Kukies. "In wenigen Wochen werden wir keine russische Kohle mehr brauchen", sagte er in Sydney auf dem Energie-Forum der Internationalen Energieagentur. Nach seinen Angaben habe Russland bisher 40 Prozent der in Deutschland erforderlichen Kohle und 40 Prozent des Öls geliefert.

Beim Gas aus Russland sei die Lage problematischer. Die größte Herausforderung werde darin bestehen, die riesige Lücke zu schließen, wenn sich die Europäische Union von den 158 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr, die Russland liefert, verabschiedet, so Kukies. "Wir können uns dieses Problem nicht einfach wegdenken", warnte er.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce690148fbef150a282767.jpg>

g  
Staatssekretär Jörg Kukies

### Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 13.7.22 um 10:30 Uhr**

**In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 480 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm- und 80mm-Mörsern abgefeuert.**

Die Gebiete von **12 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge von Beschuss wurden **15 Zivilisten verletzt, 3 starben.**

38 Wohnhäuser und 8 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 2 Schützenpanzerwagen, ein Panzerfahrzeug und ein Feldmunitionslager. 3 Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Newelskoje wurden beseitigt.

#### 10:35 (9:35) novorosinform.org: **Russische Flugabwehrkanoniere opferten sich, um das friedliche Lugansk vor ukrainischen Raketen zu schützen**

Während des nächtlichen Beschusses von Lugansk griff die Ukraine in faschistischer Manier mit einem „Double“ die Luftverteidigung und Wohngebiete ein und stellte die Flugabwehrkanoniere vor die Wahl – sich selbst oder Zivilisten zu verteidigen. Die russischen Soldaten trafen jedoch ohne Zögern eine Entscheidung.

Andrej Marotschko, Sprecher der Volksmiliz der LVR, erklärte, dass die Ukraine während des nächtlichen Beschusses von Lugansk faschistische Taktiken angewandt habe.

„Aber die Flugabwehrkanoniere haben die richtige Wahl getroffen und zuallererst Ziele zerstört, die Zivilisten bedroht haben“, sagte er in einem Interview mit *Swesda*.

Marotschko fügte hinzu, dass mehrere Raketen das Territorium der Luftverteidigungseinheit erreicht hätten, ohne aber die Infrastruktur zu zerstören, da die Anlage unter Berücksichtigung der Tatsache gebaut wurde, dass sie sogar einem Atomschlag standhalten muss. Derzeit sei alles sicher, der Luftraum geschlossen und es fänden routinemäßige Handlungen statt..

Zuvor sagte Marotschko, dass der Angriff der Streitkräfte der Ukraine auf Lugansk mit HIMARS-MLRS aus durchgeführt worden sei. Er erläuterte, dass die Entfernung zwischen Artjomowsk und Lugansk 90 Kilometer beträgt, was bedeute, dass die Ukraine beim Beschuss der Stadt HIMARS-MLRS-Geschosse verwendet habe.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/66/48766\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/66/48766_720x405.jpg)

#### 9:55 de.rt.com: **Örtliche Verwaltung: Mindestens zwei Todesopfer nach Beschuss von Nowaja Kachowka**

Nach dem [Beschuss](#) der Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson, welches derzeit von der russischen Armee kontrolliert wird, hat die militärisch-zivile Verwaltung des Gebiets den aktuellen Schaden berechnet.

Laut der Nachrichtenagentur TASS wurden zwei Personen offiziell für tot erklärt, sieben weitere Personen gelten als vermisst. Insgesamt 90 Menschen wurden verletzt. Die Agentur verweist in ihrer Meldung auf eine Quelle der militärisch-zivilen Verwaltung.

Außerdem wurden fast 250 Geschäfte, 65 Wohnhäuser, drei Fabriken, mehrere Lagerhäuser sowie Bildungseinrichtungen und medizinische Einrichtungen beschädigt.

Am Dienstag hatten die örtlichen Behörden sieben Todesopfer und mindestens 60 Verletzte gemeldet.

10:20 de.rt.com: **SPD-Politiker Mützenich verteidigt Lieferung gewarteter Gasturbine**  
SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich verteidigte im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur die geplante Lieferung einer gewarteten russischen Turbine für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 1:

"Wir glauben auch, dass die Lieferung dieser Turbine sowohl rechtlich als auch politisch nachvollziehbar ist."

Es gelte zu verhindern, dass Russland diese Frage zu politischen Zwecken instrumentalisieren. Mützenich regte an, die innenpolitische Debatte über eine mögliche Gasknappheit sachlich zu führen. "Mir bereitet manchmal die Leichtfertigkeit Sorge, wie politische Debatten in Deutschland geführt werden", betonte der SPD-Fraktionschef. So sei es nicht lange her, dass die Union, vor allem Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz, ein komplettes Gasembargo gegen Russland gefordert habe. In dieser Hinsicht lobte er den Bundeskanzler: "Da können wir alle sehr froh sein, dass Olaf Scholz und die gesamte Bundesregierung besonnen und vernünftig handeln."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce5c7a48fbef19956ee6a4.jpg>  
*SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich*

11:32 (10:32) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Keine der Raketen, die von den Streitkräften der Ukraine auf Lugansk abgefeuert wurden, erreichte das Ziel – Miroshnik**

Die ukrainische Armee konnte kein einziges geplantes Ziel in der Hauptstadt der LVR treffen. Dies erklärte der Botschafter der Republik in Russland Rodion Miroshnik.

"Keine der Raketen erreichte Lugansk. Sie stürzten ab oder wurden beim Anflug auf die Stadt abgeschossen. In der Umgebung von Alexandrowsk, Teplitschnoje und Rodakowo werden Niedergänge von Raketen oder deren Fragmenten, Explosionen und Brände registriert", schrieb er auf Telegram.

Laut Miroshnik wurde der Beschuss des Territoriums der LVR von den vorbereiteten Positionen der ukrainischen Truppen in der Stadt Tschasow Jar aus durchgeführt. Zugleich bestätigte der Botschafter die Information nicht, dass die Streitkräfte der Ukraine HIMARS-Raketen verwendet hätten. Nach vorläufigen Informationen setzten die ukrainischen Streitkräfte in der Republik taktische Raketensysteme Totschka-U ein.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/76/48776\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/76/48776_720x405.jpg)

### 10:50 de.rt.com: **Bericht: Russland und die EU finden Lösung für Kaliningrad-Transitverkehr**

Die Europäische Union und Russland haben das Problem des Warentransits durch das baltische EU-Land Litauen in die Exklave Kaliningrad lösen können, berichtete die Zeitung [Iswestija](#) am Mittwoch unter Berufung auf hochrangige Quellen in Russland.

Brüssel habe ein Dokument vorgelegt, das Moskau "voll und ganz zufriedenstellte". Demnach werde es nicht erlaubt sein, den Warenverkehr zwischen russischen Gebieten einzuschränken. Alle Waren, die nach Kaliningrad transportiert werden, würden als Ausnahme von den Sanktionslisten gestrichen.

Litauen hatte Mitte Juni den Transit einiger Waren, die auf westlichen Sanktionslisten stehen, über sein Gebiet nach Kaliningrad verboten. Moskau nannte die Beschränkungen "illegal" und drohte mit Gegenmaßnahmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce5a30b480cc3bb1378a08.jpg>

### 10:52 de.rt.com: **US-Militär tötet IS-Anführer**

Das US-Militär hat eigenen Angaben zufolge bei einem Einsatz im Nordwesten Syriens den Anführer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) Maher al-Agal durch einen Drohnenangriff getötet. Al-Agal galt als einer der vier wichtigsten Anführer der Terror-Miliz.

Am Dienstag verkündete das Pentagon Central Command (CENTCOM), das US-Militärkommando für den Nahen Osten, den Anführer der Terrorgruppe Islamischer Staat in Syrien Maher al-Agal durch einen Drohnenangriff getötet zu haben. Nach Angaben des CENTCOM fand der Angriff außerhalb von Dschindairis im Nordwesten Syriens statt, einem Gebiet, das derzeit von den türkisch unterstützten Kräften kontrolliert wird.

Ein Stellvertreter von al-Agal sei bei dem Angriff ebenfalls schwer verletzt worden, hieß es. CENTCOM-Sprecher Oberst Joe Buccino verkündete:

"Die Beseitigung dieser IS-Führer wird die Fähigkeit der Terrororganisation, weitere Anschläge zu planen und auszuführen, beeinträchtigen."

"IS stellt weiterhin eine Bedrohung für die USA und ihre Partner in der Region dar."

In den vergangenen Monaten haben die USA nach eigenen Angaben mehrere Angriffe und Razzien gegen hochrangige IS-Mitglieder im Nordwesten Syriens durchgeführt. Ein mutmaßlicher Anführer der Gruppe wurde bei einer Razzia im vergangenen Monat von US-Streitkräften festgenommen, während sich der IS-Kommandeur Abu Ibrahim al-Hashimi al-Qurashi bei einer Razzia von US-Spezialkräften in der Region im Februar mit einem Sprengstoffgürtel selbst tötete.

Ein Sprecher der sogenannten Syrischen Demokratischen Kräfte – einer von den USA unterstützten Fraktion im syrischen Bürgerkrieg – behauptete am Dienstag, dass sich "Hunderte" von IS-Kämpfern noch immer in den von der Türkei kontrollierten Gebieten Nordsyriens versteckten.

Zwar sind immer noch kleine Gruppen von IS-Kämpfern in Syrien aktiv, doch die Macht und der Einfluss der Gruppe sind in den vergangenen Jahren fast verloren gegangen. Während der IS einst riesige Gebiete im Irak, in Syrien und in Nordafrika beherrschte, gelang es der syrischen Regierung und Russland sowie den USA und ihren Verbündeten, die dschihadistische Organisation ab 2015 mit einer Luftangriffskampagne zu zerschlagen. Der Angriff auf al-Agal erfolgte einen Tag vor dem Besuch von US-Präsident Joe Biden im Nahen Osten, der am Mittwoch in Israel landete, bevor er nach Saudi-Arabien weiterreiste. In Saudi-Arabien will Biden an einem Treffen des Golfkooperationsrates teilnehmen, dem Bahrain, Kuwait, Oman, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate angehören. Auch Delegationen aus Ägypten, Irak und Jordanien werden an dem Treffen teilnehmen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ce7bbe48fbef17d36d44d4.jpg>

### 11:15 de.rt.com: **Ukrainisches Militär setzt Getreidefelder an der Grenze zum Gebiet Cherson in Brand**

Der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Cherson Kirill Stremousow hat der Nachrichtenagentur RIA Nowosti erklärt, dass das ukrainische Militär Getreidefelder an der Grenze des Gebiets in Brand setze. Die Felder würden von einem Hubschrauber aus angezündet, sagte Stremousow und fügte hinzu:

"Das ist ein nazistisches Regime, denen ist es egal."

Kiew Regierung erhalte Geld aus dem Westen, die Ernährung der einfachen ukrainischen

Bevölkerung kümmere sie aber nicht, fuhr er fort.

Außerdem gab Stremousow bekannt, dass die ukrainische Armee in der vergangenen Nacht versucht hätte, die Stadt Cherson unter Beschuss zu nehmen. Alle sechs Projektile seien aber vom System der Luftabwehr abgefangen worden.

12:20 (11:20) novorosinform.org: **Die russische Armee hat 350 Kämpfer der Streitkräfte der Ukraine in Nikolajew zerstört - russisches Verteidigungsministerium**

Eine hochpräzise Waffe der russischen Streitkräfte traf die Werft in Nikolajew, wo sich über 350 ukrainische Kämpfer befanden. Dies wurde vom Verteidigungsministerium der Russischen Föderation mitgeteilt.

Infolge des Treffers wurden alle Soldaten der Streitkräfte der Ukraine und 20 Einheiten militärischer Ausrüstung aus der Reserve der operativ-taktischen Gruppe Kachowka liquidiert.

Das russische Verteidigungsministerium erinnerte daran, dass die russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zuvor mehrere Punkte der vorübergehenden Unterbringung der nationalen Bataillone der Streitkräfte der Ukraine und des ausländischen Kontingents in der Nähe von Charkow zerstört hatten. Bei einer erfolgreichen Operation wurden alle Ziele getroffen.

„Ungefähr 250 Kämpfer und bis zu 25 Einheiten gepanzerter und anderer Fahrzeuge wurden in den Bezirken Osnowjansk und Sloboda von Charkow zerstört“, fügte das russische Verteidigungsministerium hinzu.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/83/48783\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/83/48783_720x405.jpg)

12:24 (11:24) novorosinform.org: **Russische Truppen dringen in den Rücken des befestigten Kramatorsk vor – Medien**

Die russischen Streitkräfte bemühen sich, die Eisenbahn nach Slawjansk zu unterbrechen, und dringen auch in den Rücken des stark befestigten Kramatorsk vor, schreibt *Pucará Defensa*. Es wird darauf hingewiesen, dass russische Truppen gleichzeitig die Streitkräfte der Ukraine binden und die Schlüsselknoten der letzten Verteidigungslinie im Norden des Donbass angreifen. Bald würden sie nach Sewersk aufbrechen.

„Das sind schlechte Nachrichten für Kiew“, heißt es in dem Text.

Der Autor betont, dass die russischen Truppen im Donbass einen großen zahlenmäßigen Vorteil haben. Zu den alliierten Streitkräften gehören 108 taktische Bataillonsgruppen, während die Streitkräfte der Ukraine in dieser Region nur noch 60 solcher Gruppierungen haben, die sich tatsächlich in gewöhnliche Bataillone verwandelt haben.

Es wird auch darauf hingewiesen, dass die ukrainischen Militanten es auf dem Rückzug eilig hätten, neue befestigte Stellungen zu bauen, die aber denen, die bereits früher geschaffen wurden, unterlegen seien. Derzeit rücken russische Truppen aus dem Norden allmählich nach

Slawjansk vor, es gibt Kämpfe in der Nähe des Kraftwerks Ugleorsk.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/84/48784\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/84/48784_720x405.jpg)

12:30 (11:30) novorosinform.org: **Russische Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zerstörten innerhalb eines Tages 11 Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine**

Die Luftstreitkräfte trafen 123 Konzentrationsgebiete von Ausrüstung und Arbeitskräften der ukrainischen Armee.

Am vergangenen Tag zerstörten russische Luftstreitkräfte insgesamt 11 Kommandoposten der ukrainischen Armee. Das gab der offizielle Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, heute im Rahmen eines Tagesberichts bekannt.

"Operativ-taktische und militärische Luftfahrt, Raketentruppen und Artillerie trafen am zurückliegenden Tag 11 Kommandoposten, Artillerieeinheiten auf Feuerstellungen in 102 Distrikten", heißt es in dem Bericht.

Darüber hinaus berichtete Konaschenkow über Angriffe auf 123 Punkte, an denen ukrainische Ausrüstung und Personal konzentriert waren.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/86/48786\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/86/48786_720x405.jpg)

12:37 (11:37) novorosinform.org: **Es wird für die Ukraine "praktisch unmöglich" sein, ohne finanzielle Unterstützung aus dem Westen zu überleben - Präsidialbüro der Ukraine**

Die Ukraine benötigt monatlich 9 Milliarden US-Dollar an Wirtschaftshilfe aus westlichen Ländern, um die Haushaltsausgaben zu decken. Dies erklärte Oleg Ustenko, Berater des Präsidenten der Ukraine in Wirtschaftsfragen.

„In den nächsten Monaten müssen wir monatlich 9 Milliarden Dollar statt 5 Milliarden Dollar erhalten“, sagte er.

Laut Ustenko werde die Ukraine auf jeden Fall "versuchen zu überleben", aber ohne

Finanzspritzen der westlichen Verbündeten werde es für das Land "nicht nur schwierig, sondern praktisch unmöglich" zu existieren sein.

Zuvor hatte das ukrainische Finanzministerium festgestellt, dass die Einnahmenseite des Staatshaushalts zu fast 70 % durch Kredite und Zuschüsse gefüllt sei. Gleichzeitig behauptet die Kiewer Führung, dass das Haushaltsdefizit der Ukraine 5 Milliarden Dollar im Monat betrage. Kurzfristig braucht Kiew laut Analysten finanzielle Unterstützung in Höhe von 4-5 Milliarden Dollar pro Monat.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/87/48787\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/87/48787_720x405.jpg)

12:59 (11:59) novorosinform.org: **Täglich versuchen bis zu 200 Rekruten aus der Ukraine zu fliehen - Grenzdienst**

Täglich nehmen ukrainische Grenzschutzbeamte mehr als 100 Menschen fest, die versuchen, das Land ohne triftigen Grund zu verlassen. Darüber berichtet UNN unter Berufung auf den Pressesprecher des staatlichen Grenzdienstes Andrej Demtschenko.

Es wird präzisiert, dass so viele Menschen versuchen, die staatlichen Kontrollpunkte legal zu passieren. Laut Demtschenko halten Mitarbeiter des staatlichen Grenzschutzes der Ukraine täglich auch Personen fest, die versuchen, das Land durch Wälder oder Flüsse zu verlassen. Er fügte hinzu, dass die Zahl derjenigen, deren Ausreise verhindert wird, mitunter 200 Personen pro Tag erreiche.

Zuvor hatte das ukrainische Verteidigungsministerium angekündigt, Kiew bilde „Millionen starke Kampftruppen“, um den Befehl zur „Befreiung“ der für die Wirtschaft des Landes lebenswichtigen südlichen Küstenregionen zu erfüllen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/92/48792\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/92/48792_720x405.jpg)

**nachmittags:**

12:13 de.rt.com: **Peru bittet UNO um Hilfe im Kampf gegen Nahrungsmittelkrise**

Peru sieht sich von der sich abzeichnenden Lebensmittelkrise bedroht und bittet die UNO um Hilfe. Mit dieser Unterstützung will das Andenland den Folgen der COVID-19-Pandemie und den Auswirkungen des Ukraine-Krieges im Bereich Landwirtschaft besser entgegenwirken. Der peruanische Präsident Pedro Castillo hat sich am Dienstag mit der Generalsekretärin der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD), Rebeca Grynspan, getroffen. Der Politiker [bat](#) die UN-Vertreterin um Unterstützung für den einheimischen Agrarbereich, um somit den Auswirkungen der drohenden Nahrungsmittelkrise als Folge der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Krieges besser entgegenzuwirken. Das Treffen fand im Regierungspalast in Lima statt und dauerte mehr als 40 Minuten. Die aus Costa Rica stammende UNCTAD-Chefin ging auf "Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern und deren möglichen Folgen für Peru" ein. Grynspan zeigte sich besorgt über die aktuelle Lebensmittel-, Energie- und Finanzkrise in mehreren Ländern der Welt. Die UN-Vertreterin sprach von einer "Kaskadenkrise", vor deren Hintergrund die Vereinten Nationen vorhätten, insbesondere ihre Beziehungen zu den Ländern Afrikas und Lateinamerikas umzustrukturieren, um gemeinsame und adäquate Lösungen für jeden einzelnen Fall zu finden.

Castillo teilte seinerseits mit, dass seine Regierung die Situation in allen Regionen des Landes beobachte, um "dringlichste Probleme der Bevölkerung festzustellen und zu lösen".

Bei dem Treffen lobte Grynspan mehrere Maßnahmen der peruanischen Regierung, zum Beispiel das Schulernährungsprogramm Qali Warma und die Stärkung der Suppenküchen für einkommensschwache Menschen. Außerdem begrüßte die UN-Vertreterin die Verteilung von Gutscheinen an einkommensschwache Familien. Zugleich erklärte die UNCTAD-Chefin, dass Peru im Unterschied zu den anderen 94 Ländern, die man zuvor als besonders anfällig für den Düngermangel, die Energieknappheit und die Finanzkrise identifiziert hatte, mehr Kapazitäten und Bedingungen habe, um diese globale Krise zu meistern.



<https://pbs.twimg.com/media/FXfGJcKXgAErHI8?format=jpg&name=small>

13:37 (12:37) [novorosinform.org](#): **Der Kauf iranischer Drohnen wird bei Putins Treffen in Teheran nicht diskutiert**

Während des Besuchs des russischen Staatschefs Wladimir Putin in Teheran wird die Frage des Kaufs iranischer Drohnen nicht angesprochen. Dies erklärte der Pressesprecher des Präsidenten Dmitri Peskow.

Er wurde auch gefragt, ob der Kreml wisse, wie es mit der Lieferung dieser Drohnen laufe.

„Wir haben keine Kommentare zu dieser Angelegenheit“, antwortete Peskow. Zuvor hatte der russische Botschafter in Teheran, Levan Dzhagaryan, gesagt, dass Putin beabsichtige, sich während seines Besuchs in der iranischen Hauptstadt mit dem iranischen Obersten Führer Ali Khamenei zu treffen. Zudem gab der nationale Sicherheitsberater der USA, Jake Sullivan, eine Erklärung ab, dass der Iran die Russische Föderation mit Drohnen beliefern werde. Das iranische Außenministerium dementierte diese Information sofort.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/96/48796\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/96/48796_720x405.jpg)

13:46 (12:46) novorosinform.org: **Die Situation mit dem Transit russischer Fracht nach Kaliningrad ist noch nicht gelöst – Peskow**

Der Pressesprecher des russischen Führers, Dmitri Peskow, stellte fest, dass die Informationen über das Abkommen zwischen Europa und Russland über den Transit in die Region Kaliningrad unzuverlässig seien, berichtet RIA Novosti.

So dementierte Peskow Äußerungen in den Medien über die Bereitstellung eines Dokuments durch Brüssel, dessen Bedingungen "den Anforderungen Russlands voll entsprechen". Er fügte hinzu, dass es bisher keine "weiteren Fortschritte" gebe, auf die man sich verlassen könne, präzierte aber nicht, was er mit diesen Worten genau meint.

"Bisher gibt es keine endgültige Lösung dieser Angelegenheit. Wir erwarten einige Fortschritte, aber im Moment müssen wir feststellen, dass wir nicht sagen können, dass dieses Problem behoben wurde", zitiert die [Agentur](#) Dmitri Peskow.



[https://www.novorosinform.org/content/images/87/97/48797\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/87/97/48797_720x405.jpg)

12:50 de.rt.com: **Im Gebiet Charkow werden Stellen zur Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft eröffnet**

Der Pressedienst der Verwaltung des Gebiets Charkow hat der Nachrichtenagentur RIA Nowosti gemeldet, dass in der Region Stellen zur Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft eingerichtet werden sollen:

"Gegenwärtig formieren wir Annahmestellen für Einbürgerungsunterlagen zur Annahme der

russischen Staatsbürgerschaft."

Am 11. Juli hatte Russlands Präsident Wladimir Putin einen Erlass unterzeichnet, wonach die Beantragung der russischen Staatsbürgerschaft für alle ukrainischen Staatsangehörigen vereinfacht werden soll. Zuvor war dies nur für Bürger der Donbassrepubliken sowie der Gebiete Cherson und Saporoschje möglich.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce828648fbef150a282792.jpg>

### 13:22 de.rt.com: **Bund der Steuerzahler: Vorauszahlungen für Gas könnten bis auf 500 Euro pro Monat steigen**

Die Inflation trifft neben der Industrie vor allem auch die Verbraucher. Schon jetzt wird geraten, für die nächsten Abrechnungen der Energiekosten Geld zurückzulegen. Rainer Holznagel, Präsident vom Bund der Steuerzahler, warnt vor noch schlimmeren Szenarien. Im Interview mit der *Welt* an diesem Mittwoch [kritisierte](#) Rainer Holznagel, Präsident vom Bund der Steuerzahler, den durch die Bundesregierung verabschiedeten Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket als kurzfristige Maßnahmen, die langfristig keine Wirkung erzielten. Er fordert daher die Abschaffung der [kalten Progression](#), die dem Staat Mehreinnahmen durch die Inflation auf Kosten des Steuerzahlers beschert. Letzterer müsse unbedingt entlastet werden, zumal der Staat im Moment genug verdiene.

Holznagel gehe davon aus, dass die hohen Preise für Energie noch gar nicht richtig beim Verbraucher angekommen seien, da bisher nur wenige Versorger die Abschläge für die Verbraucher erhöht hätten. Er rechne diesbezüglich mit einem "heißen Herbst". Konkret meinte er:

"Ein Vierpersonenhaushalt, der zahlt bei Gas bisher um die hundert, hundertfünfzig Euro. Das kann Hochgehen bis zu fünfhundert Euro im Monat. [...] Deswegen ist die Inflation, die wir jetzt messen, nicht unbedingt ein Vorbote dessen, was noch kommt. Es wird noch schlimmer kommen."

Indirekt kritisierte Holznagel auch die Pläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck (Die Grünen), bestimmte Industriezweige vom Netz zu nehmen, um im Notfall Gas einzusparen.

Er betonte:

"Wir dürfen nicht vergessen: Wenn einmal der Gashahn zu ist bei manchen Industriezweigen, dann ist diese Industrie auch wirklich langfristig oder gar dauerhaft aus Deutschland weg." Dadurch seien zahlreiche Arbeitsplätze bedroht und damit letztlich niemandem geholfen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ce9f0bb480cc14ee63b4e8.jpg>

### 13:25 de.rt.com: **Ukraine: Frauen aus mehreren Berufen müssen sich ab dem 1. Oktober zum Militärdienst melden**

Ukrainische Staatsbürgerinnen aus bestimmten Berufen und Fachrichtungen, darunter Chemie, Radiotechnik, IT und Medizin, müssen sich ab dem 1. Oktober zum Wehrdienst melden. Darüber berichtet die ukrainische Zeitung Serkalo Nedeli mit Verweis auf einen Erlass des ukrainischen Verteidigungsministeriums. Die Liste umfasst insgesamt sieben Berufe und 14 Fachrichtungen.

Nach Ansicht von ukrainischen Juristen verpflichte allein die Tatsache, dass eine Frau einen dieser Berufe erlangt hat, sie dazu, sich zum Militärdienst zu melden, da diese Fachrichtungen mit den Militärberufen branchenverwandt seien.

Laut ukrainischen Medien haben sich seit dem 24. Februar etwa 1.000 Frauen freiwillig den Streitkräften in der Ukraine angeschlossen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce887cb480cc19c22fec00.jpg>

### 13:50 de.rt.com: **DVR meldet Offensive in Richtung Sewersk und Soledar**

Die Verbände Russlands und der Donezker Volksrepublik rücken in Richtung der Städte Sewersk und Soledar vor. Dies gab das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Denis Puschilin in einer Sendung des Fernsehkanals Solowjow Live bekannt. Er fügte hinzu, dass auch eine Offensive in Richtung Ugledar im Gange sei, diese sich aber langsamer entwickle. Puschilin sagte:

"Was Sewersk und Soledar angeht, rücken die Verbände der alliierten Streitkräfte in dieser Richtung weiter vor. Was die Richtung von Ugledar angeht, gibt es dort auch gewisse Erfolge, allerdings realisiert sich alles nicht so schnell, wie man es sich wünschen würde."

Das Oberhaupt der DVR erklärte weiterhin, dass die Streitkräfte der Republik versuchen würden, Technik- und Munitionsnachschub für diejenigen ukrainischen Verbände zu unterbinden, welche die Städte der DVR beschießen. Die Gesamtlage bleibe aber angespannt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62ce8fee48fbef125849fb91.jpg>

### 14:20 de.rt.com: **Streit um Gasturbine für Nord Stream 1: Ukrainer-Verband will gegen Rückgabe durch Kanada klagen**

Über die Leitung Nord Stream 1 wird seit Montag kein Gas mehr geliefert – die angekündigten Wartungsarbeiten sind im vollen Gange. Die überholte Turbine aus Kanada soll auch zurückgegeben werden. Doch nun geht ein Ukrainer-Verband gerichtlich dagegen vor.

Die ukrainische Führung hatte bereits scharfen Protest gegen die Entscheidung Kanadas eingelegt, die reparierte Gasturbine für den russischen Energiekonzern Gazprom doch noch zurückzuschicken. Die deutsche Regierung hatte Ottawa darum gebeten, die Ausfuhr des überholten Bauteils für die aus Russland kommende Pipeline Nord Stream 1 zu genehmigen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck verwies in seiner Begründung für die Rückgabe darauf, dass man dem russischen Präsidenten Wladimir Putin "[keine Ausrede](#)" geben sollte, die Gaslieferungen nach den Wartungsarbeiten komplett einzustellen. Vor allem die deutsche Wirtschaft würde dies hart treffen.

Doch aus Kiew folgte eine scharfe Reaktion. Dadurch würde Berlin nach Darstellung der Ukraine selbst "eine Ausnahme bei den Sanktionen" machen, die man gegen Moskau wegen seiner Militäroperation in dem Nachbarland verhängt hatte. Sowohl das ukrainische Energie- als auch das Außenministerium erklärten beide am Sonntag, die Entscheidung laufe darauf hinaus, die verhängten Strafmaßnahmen "den Launen Russlands" anzupassen. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij sagte am Montag in einer [Videobotschaft](#): "Wenn ein terroristischer Staat eine solche Ausnahme bei den Sanktionen durchsetzen kann, welche Ausnahmen will er dann morgen oder übermorgen? Diese Frage ist sehr gefährlich. Und gefährlich nicht nur für die Ukraine, sondern auch für alle Länder der demokratischen Welt."

Eine Regierungssprecherin in Berlin erläuterte jedoch am Montag in Berlin, die Lieferung der Turbine falle nicht unter die EU-Sanktionen, weil diese sich aus gutem Grund nicht gegen den Gastransit richteten. Selenskij pochte jedoch in seiner Videorede darauf, dass die Entscheidung über eine "Ausnahme bei den Sanktionen" in Moskau als "Manifestation der Schwäche" wahrgenommen werde.

Das russische Energieunternehmen hatte die Liefermenge durch die Ostseepipeline Nord Stream 1 im Juni um rund 60 Prozent gedrosselt und auf die fehlende Siemens-Turbine verwiesen, die zur Reparatur in Kanada war. Siemens Energy unterstrich seinerseits, dass man wegen der Strafmaßnahmen Ottawas, das jüngst auch die Öl-, Gas- und Chemieindustrie mit Sanktionen belegt hatte, das reparierte Bauteil aus Montréal nicht zurückliefern werden könne. Ottawa lenkte am vergangenen Wochenende ein und erlaubte die Rückgabe. Kanada erklärte, dass man eine "zeitlich begrenzte und widerrufliche Genehmigung" erteile. Die

Turbine solle aber nicht direkt nach Russland an Gazprom, sondern zunächst nach Deutschland geschickt werden.

Doch das Tauziehen könnte weitergehen, denn jetzt will eine Nichtregierungsorganisation, die die Interessen der Ukrainer in der Diaspora vertritt, gerichtlich gegen diese Genehmigung vorgehen. Laut einem [Bericht](#) der Nachrichtenagentur Reuters habe der Ukrainische Weltkongress einen Antrag auf gerichtliche Überprüfung beim kanadischen Bundesgerichtshof eingereicht: Man fordere nach eigener Angabe "die Feststellung, dass die Entscheidung, Siemens eine Genehmigung zu erteilen, unangemessen und unberechtigt war, sowie die Aufhebung der Genehmigung". Die Ausnahme vom Sanktionsregime gegen Moskau sei "völlig inakzeptabel", so die Organisation weiter. Es gebe demnach echte Alternativen zur Deckung des deutschen Gasbedarfs, einschließlich des Kaufs über die ukrainische Pipeline.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ce767a48fbef145723a4d5.jpg>

Telegram-Kanal des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin: **Die Demokratische Volksrepublik Korea hat heute die Donezker Volksrepublik anerkannt.**

Der internationale Status der Donezker Volksrepublik und ihrer Staatlichkeit wird weiter stärker. Das ist ein weiterer Sieg unserer Diplomatie.

Wir sind dem Volk der DVRK für eine solche bedeutsame Unterstützung der Einwohner des Donbass dankbar.

Die politische Entscheidung wird eine Grundlage für die weitere Entwicklung der Beziehungen im Bereich der Wirtschaft sein. Eine bilaterale Partnerschaft wird den Handelsraum für die Unternehmen unserer Staaten vergrößern. Ich bin überzeugt, dass uns eine aktive und fruchtbare Zusammenarbeit erwartet.

14:40 de.rt.com: **Ukraine bestätigt Einsatz von HIMARS-Raketenwerfern gegen Lugansk**

Der Berater des Präsidialamtes der Ukraine, Aleksei Arestowitsch, hat den Einsatz von US-amerikanischen Mehrfachraketenwerfern vom Typ HIMARS gegen die Stadt Lugansk eingeräumt. Dies berichtete das ukrainische Portal *Strana.ua*.

Zuvor hatte das Gemeinsame Zentrum für Kontrolle und Koordination der Lugansker Volksrepublik berichtet, dass am Dienstagabend ukrainische Truppen Lugansk aus HIMARS-Raketenwerfern beschossen haben.

15:49 (14:49) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **DVRK erkennt die Unabhängigkeit der DVR an – Puschilin**

Am 13. Juli erkannte die Demokratische Volksrepublik Korea die DVR an. Das erklärte Staatsoberhaupt Denis Puschilin.

„Dies ist ein weiterer Sieg für unsere Diplomatie. Wir sind dem Volk der DVRK für diese bedeutende Unterstützung der Menschen im Donbass dankbar“, sagte er.

Außerdem traf sich die Botschafterin der DVR in Russland, Olga Makeewa, mit der Botschafterin der DVRK, Sin Hong Chol. Makeewa wurde ein Dokument über die Entscheidung der Regierung der koreanischen Seite überreicht, die Unabhängigkeit der Republiken des Donbass anzuerkennen.

Sie drückte ihre Zuversicht aus, dass die Zusammenarbeit zwischen den Ländern, die mit dem heutigen Tag offiziell geworden ist, für beide Seiten vorteilhaft und produktiv sein werde.

Die Parteien einigten sich auch auf weitere Schritte zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/88/07/48807\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/88/07/48807_720x405.jpg)

Lug-info.com: **Die Demokratische Volksrepublik Korea hat heute die Lugansker Volksrepublik anerkannt**, teilt das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik mit.

„Wir sind dem Volk der DVRK aufrichtig für die Unterstützung unserer Souveränität und die Anerkennung unserer Staatlichkeit dankbar. Unter den heutigen geopolitischen Realitäten ist dies tatsächlich ein mutiger politischer Schritt. Ich bin überzeugt, dass die bilaterale Partnerschaft unserer Staaten lang und fruchtbar sein wird“, sagte Pasetschnik.

15:59 (14:59) novorosinform.org: **Kuleba gab seine Absicht bekannt, die Schaffung eines Sondertribunals für Russland zu fordern**

Der ukrainische Außenminister Dimitri Kuleba sagte, er beabsichtige, die Anklagebehörde des Internationalen Strafgerichtshofs, die Europäische Kommission und die Regierung der Niederlande zu ersuchen, ein internationales Sondertribunal für die Russische Föderation einzurichten.

Er gab an, dass er in den kommenden Tagen in Den Haag sein werde, wo er an Online-Veranstaltungen teilnehmen werde.

„Eines der zentralen Themen wird die Schaffung eines Sondertribunals für Verbrechen gegen die Ukraine sein“, sagte Kuleba.

Er fügte hinzu, dass er beabsichtige, die Unterzeichnung eines entsprechenden internationalen Abkommens vorzuschlagen.

Kuleba sagte auch, dass die Ukraine beabsichtige, die Kontrolle über die verlorenen Gebiete zurückzugewinnen und die volle Souveränität im Osten und Süden des Landes wiederherzustellen. Zuvor hatte er erklärt, dass Kiew in der Frage der Getreideexporte „zwei Schritte von einer Einigung mit Moskau entfernt“ sei.

15:00 de.rt.com: **Gazprom liefert weiter Gas durch die Ukraine nach Europa**

Russlands Energiekonzern Gazprom pumpt nach der vorübergehenden Abschaltung der Ostseepipeline Nord Stream 1 sein Gas weiter über die Ukraine nach Europa. Dies erfolgt über den Eingangspunkt Sudscha. Der Vorschlag, über den Eingangspunkt Sochranowka zu pumpen, sei von der ukrainischen Seite abgelehnt worden, sagte ein Gazprom-Vertreter, berichtet die Agentur TASS.

Die für Mittwoch vereinbarte Liefermenge liegt bei 41,3 Millionen Kubikmeter. Das geht aus Mitteilungen des ukrainischen Gasnetzbetreibers und von Gazprom hervor. Seit dem 11. Juli wurden die russischen Gaslieferungen über Nord Stream 1 wegen planmäßiger Wartungsarbeiten vorübergehend ausgesetzt. Daher bleibt die einzige Route für russische Gaslieferungen nach West- und Mitteleuropa nur die Transitleitung durch die Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cea09db480cc14ee63b4ec.jpg>

*Eingangspunkt Sudscha (Gebiet Kursk)*

15:20 de.rt.com: **LVR: Weißrussischen Söldnern droht Todesstrafe**

Söldner aus Weißrussland, die in der Lugansker Volksrepublik gefangen genommen wurden, können zu einer lebenslänglichen Haft verurteilt werden. Sollte sich erweisen, dass sie auf dem Gebiet der Donezker Volksrepublik Verbrechen begangen haben, droht ihnen die Todesstrafe. Dies erklärte der Assistent des Innenministers der LVR Witali Kiseljow der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er sagte:

"Wenn die Söldner mit etwas zu rechnen haben, dann ist es eine lebenslange Haft. Sollte während des Verfahrens festgestellt werden, dass die gefangenen Söldner auch in der DVR Verbrechen begangen haben, können die Akten zusammengefasst und dorthin übergeben werden. Dann droht ihnen die Todesstrafe."

Zuvor hatte Kiseljow die Gefangennahme einer Gruppe weißrussischer Söldner gemeldet, die einen Terroranschlag in der Stadt Lissitschansk planten.

16:28 (15:28) [novorosinform.org](http://novorosinform.org): **Pasetschnik sprach über die Prioritäten nach der Befreiung der LVR**

Der Staatschef der LVR, Leonid Pasetschnik, sagte, dass es jetzt die vorrangige Aufgabe sei, die Infrastruktur der Republik wiederherzustellen.

Er stellte fest, dass es vor allem notwendig sei, die Infrastruktur der Städte und Gemeinden der LVR wiederherzustellen und der Bevölkerung beim Überleben zu helfen. Pasetschnik fügte hinzu, dass die Bewohner von Lisitschansk und Sewerodonezk derzeit dringend humanitäre Hilfe benötigen.

"Es ist notwendig, dort große Dieselgeneratoren zu installieren, um die Wasserversorgung in Gang zu bringen. Die nächste Aufgabe ist die Wiederherstellung der Gasversorgung", sagte er dem Telegram-Kanal "Donbass reschajet".

Er betonte, dass jetzt gehandelt werden müsse, damit uns der Winter nicht überrumpelt.

Zuvor sagte Pasetschnik, dass russische Bauleute bereits die Hälfte der Arbeiten auf dem Gelände des zukünftigen medizinischen Zentrums abgeschlossen hätten, um infektiösen Patienten in Lugansk zu helfen.



[https://www.novorosinform.org/content/images/88/11/48811\\_720x405.jpg](https://www.novorosinform.org/content/images/88/11/48811_720x405.jpg)

#### 15:40 de.rt.com: **Verwaltung des Gebiets Cherson bittet Russland um Hilfe beim Wiederaufbau von Nowaja Kachowka**

Die stellvertretende Leiterin der Verwaltung des russisch kontrollierten Gebiets Cherson, Jekaterina Gubarewa, hat bekannt gegeben, dass die Behörde sich an Russland mit der Bitte um Hilfe beim Wiederaufbau der Stadt Nowaja Kachowka wandte. In einer Sendung des russischen Perwy kanal sagte sie:

"Wir gründeten eine Arbeitsgruppe zum Wiederaufbau der Stadt und schickten Technik und Freiwillige. Aber so viele Kräfte haben wir nicht, daher baten wir die Russische Föderation um Hilfe. Wir brauchen Baumaterialien, um die Region wiederaufzubauen."

Nowaja Kachowka war vom ukrainischen Militär am Dienstag beschossen worden. Dabei sind mehrere Personen ums Leben gekommen, etwa 90 weitere wurden verwundet. Genauere Angaben liegen noch nicht vor, da zahlreiche Menschen noch unter den Trümmern begraben sind. Nach Angaben der regionalen Verwaltung wurden beim Angriff Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS eingesetzt.

#### 15:59 de.rt.com: **"Taktik eines Terrorkrieges": Kiew beschießt nun auch Lugansk mit US-HIMARS-Raketen**

Am späten Dienstagabend wurden Lugansk und Umgebung von ukrainischen Raketenangriffen heimgesucht. Laut den lokalen Behörden wurde die Stadt mit US-amerikanischen HIMARS-Raketen beschossen – wie zuvor auch Nowaja Kachowka. Die LVR verurteilte Kiews Taktik als "terroristisch".

Mehrere Raketen hätten während des Beschusses von Lugansk am späten Abend des 12. Juli ihr Ziel erreicht, teilte der Offizier der Lugansker Volksmiliz Andrei Marotschko auf seinem Telegram-Kanal mit. Er wies darauf hin, dass die ukrainische Armee seit Langem versucht habe, bei ihren Angriffen zivile Infrastrukture Objekte in der Region zu treffen. Er vermeldete außerdem, dass auch eine Luftabweereinheit in Lugansk, welche die Sicherheit der Stadt gewährleisten soll, beschossen worden sei. Marotschko versicherte jedoch, dass die Lage in Lugansk inzwischen unter Kontrolle sei. Es seien alle notwendigen Maßnahmen ergriffen worden, um die Sicherheit der Zivilbevölkerung zu gewährleisten.

Indessen stellte die Vertretung der Volksrepublik Lugansk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands fest, dass das ukrainische Militär bei dem Beschuss der Stadt Mehrfachraketenwerfer vom Typ HIMARS aus US-Produktion eingesetzt habe. Diese hatte Washington im Rahmen eines Militärhilfspaketes für die Ukraine

an Kiew übergeben. Nach Angaben der Vertretung der LVR fand der Beschuss um 23:35 Uhr Ortszeit statt. Dabei wurden insgesamt neun Raketen auf die Stadt abgefeuert.

Auch Marotschko deutete an, es sei sehr wahrscheinlich, dass die ukrainischen Streitkräfte bei dem Angriff das HIMARS-Artilleriesystem mit einer bestimmten Art von Munition eingesetzt hätten. Seiner Meinung nach ließen sich derartige Schlussfolgerungen aus der Entfernung zwischen dem Abschusspunkt und dem Ziel ziehen. Der Offizier führte aus:

"Die Entfernung zwischen Artjomowsk (Bachmut) und Lugansk beträgt mehr als 90 Kilometer. Folglich haben die ukrainischen Streitkräfte gestern Munition für das HIMARS-System der Familie AFOM [Army TACMS Family of Munitions – Anm. d. Red.] mit einer Reichweite von 140 bis 300 Kilometern verwendet."

Mehr Einzelheiten über den nächtlichen Beschuss von Lugansk lieferte der RT-Korrespondent Wlad Andriza. Unter anderem berichtete er, das lokale Luftabwehrsystem habe in verschiedene Richtungen reagiert. Und Andriza fügte hinzu:

"Einige Raketen konnten abgeschossen werden, andere nicht. Einheimische schrieben gestern Nacht, dass die Fenster in einer Entfernung von einem Kilometer durch die Explosion herausgerissen worden und die Scheiben geplatzt seien. Dies geschah acht bis zehn Kilometer vom Stadtzentrum von Lugansk entfernt, und die Wände und Fenster in unserem Haus wackelten. Die Einschläge waren sehr gravierend."

Nach Angaben der LVR-Volksmiliz wurde neben Lugansk auch die benachbarte Siedlung Stachanow Ziel ukrainischer HIMARS-Angriffe. Laut einer Mitteilung des Pressesprechers der Behörde, Iwan Filiponenko, wurden dabei zwei Menschen getötet und zwei weitere verletzt. Er schilderte zudem massive Zerstörungen an Wohnhäusern, einem Kindergarten und einer Schule.

Der Botschafter der Volksrepublik Lugansk in Russland, Rodion Miroschnik, reichte außerdem die Information nach, dass die meisten der auf Lugansk abgefeuerten Raketen zwar abgefangen worden seien, ihre Splitter jedoch Brände an städtischen Einrichtungen verursacht hätten. Nach Angaben des Diplomaten würden die genauen Daten über die entstandenen Schäden erst zu einem späteren Zeitpunkt vorliegen.

Mit seinen Angriffen gegen die Zivilbevölkerung verfolge Kiew die "Taktik eines Terrorkrieges", räumte Miroschnik ferner ein. Er argumentierte auf Telegram:

"Heute liegt es schon auf der Hand, dass die Militanten sowohl in der DVR als auch im Gebiet Cherson und der LVR dieselbe Taktik anwenden: Ohne jegliche Möglichkeit, auf dem Schlachtfeld etwas entgegenzusetzen, und durch die Niederlage in einer Schlacht nach der anderen, feuern sie immer wieder eine 'Serie von Raketen' ab und versuchen, die Luftabwehr zu durchbrechen, indem sie zivile Objekte und Städte ins Visier nehmen – das ist eine terroristische Taktik."

Zuvor hatte Kiew die US-amerikanischen HIMARS-Raketen bereits bei der Attacke auf Nowaja Kachowka in dem von der russischen Armee kontrollierten Gebiet Cherson eingesetzt. Nach Angaben des Vizechefs der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets, Kirill Stremoussow, schoss das ukrainische Militär in der Nacht zum Dienstag insgesamt sechs Raketen auf die Stadt ab. Drei von ihnen konnten von der Flugabwehr zerstört werden. Der Angriff hatte umfassende Zerstörungen der lokalen zivilen Infrastruktur zur Folge, darunter ein Lagerhaus mit 35 Tonnen humanitären Hilfsgütern. Am Mittwoch korrigierte die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf einen nicht genannten Vertreter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson die Zahl der Todesopfer des Anschlags auf zwei von anfänglich sieben zuvor gemeldeten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cea22348fbef17d36d4525.PNG>

*Folgen eines nächtlichen Raketenangriffs der Ukraine bei Lugansk, 13. Juli 2022*

### 16:23 de.rt.com: **Russisches Finanzministerium: Werden eine unabhängige Ratingagentur schaffen**

Mit der Unterstützung von Partnerstaaten arbeitet Moskau an der Gründung einer neuen internationalen Ratingagentur, so das Außenministerium Russlands. Diese soll von politischen Strömungen unabhängig sein und unparteiische Wirtschaftsinformationen bereitstellen.

Da westliche Ratingagenturen angesichts der Ukraine-Krise voreingenommen seien, brauche man eine neue, unabhängige Einrichtung, erklärte das russische Außenministerium. Russland und seine Partnerländer arbeiteten bereits an der Gründung einer solchen Organisation, erklärte Leiter der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit Dmitri Biritschewski gegenüber der Nachrichtenagentur RIA Nowosti. Er betonte:

"Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben deutlich gezeigt, dass die sogenannten unabhängigen Ratingagenturen der westlichen Länder in ihren Bewertungen extrem voreingenommen sind. In Wirklichkeit führen diese Agenturen politische Befehle aus und folgen eindeutig der allgemeinen Linie der Staatsführung."

Laut Biritschewski sei die Einrichtung einer unabhängigen Ratingagentur längst überfällig. Nicht nur in Russland, sondern auch in vielen anderen Ländern, die sich ein objektives Wirtschaftsbild wünschten. "In der gegenwärtigen Situation ist dies von besonderer Bedeutung. Dieses Thema wird bereits mit vielen unserer Partner diskutiert, auch in multilateralen Formaten", erklärte der Diplomat.

Nach dem Beginn des Sanktionskrieges gegen Russland verließen westliche Ratingagenturen das Land. Zudem erklärte die Agentur Moody's, dass Russland mit der Bedienung seiner Eurobonds in Verzug geraten sei. In Moskau sei man nicht damit einverstanden, dass es nur Einschätzungen einzelner Analyseagenturen und Experten gebe, so die Zentralbank Russlands. Außerdem wies der russische Finanzminister Anton Siluanow darauf hin, dass das Land nicht zahlungsunfähig sei und alle erforderlichen Maßnahmen ergreife, um den Forderungen der Investoren zu entsprechen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ce9a5c48fbef145723a51e.jpg>

16:59 de.rt.com: **Moskau: Es ist nicht Russlands Schuld, wenn die Europäer im Winter frieren**

Die Zukunft des Gastransits aus Russland durch die Ukraine hängt vom Verhalten der EU-Staaten ab. Die Absicht der EU, Russland als Lieferanten zu streichen, bedeute, dass die Ukraine keine Transitgebühren mehr erhalten werde, erklärte ein hochrangiger russischer Diplomat.

Falls die europäischen Verbraucher die Nachfrage für russisches Gas aufrechterhalten und das ukrainische Pipelinesystem funktionsfähig bleibt, wird Russland die Möglichkeit in Betracht ziehen, den Gastransit durch die Ukraine aufrechtzuerhalten. Das verkündete Dmitri Biritschewski, der Leiter der Abteilung für wirtschaftliche Zusammenarbeit des russischen Außenministeriums, in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti.

Der aktuelle Transitvertrag mit der Ukraine wurde im Dezember 2019 für fünf Jahre unterzeichnet, mit der Option, ihn um weitere zehn Jahre zu verlängern. Kiew betrachtete das Abkommen als einen großen Erfolg. Nach dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine Ende Februar verhängte die EU weitreichende Wirtschaftssanktionen gegen Moskau und erklärte die Absicht, sich von Energielieferungen aus Russland abzukoppeln.

Im Mai kündigte Kiew die Aussetzung des Gastransits durch eine der beiden von Russland genutzten über die Ukraine verlaufenden Pipelines an und begründete dies damit, dass man die Kontrolle über einen Teil der Pipeline verloren habe. Dieses Teilstück war in den ersten Tagen des Militäreinsatzes unter Kontrolle der russischen Streitkräfte gelangt. Der russische Gaskonzern Gazprom wies die Behauptung Kiews zurück, dass der weitere Betrieb der Pipeline nicht sicher sei.

Der Gasfluss über eine alternative Route nach Europa, die Pipeline Nord Stream 1, war im vergangenen Monat unterbrochen worden. Russland erklärte, es habe die Kapazität um 60 Prozent reduzieren müssen, weil Deutschland eine Gasturbine von Siemens Energy nach einer Wartung in Kanada nicht zurückerhalten habe. Das wichtige Anlagenelement wird aufgrund von Sanktionen in Kanada festgehalten.

Berlin und Ottawa haben seitdem über die Rückgabe der Turbine verhandelt. Die kanadischen Behörden haben jedoch noch nicht mitgeteilt, wann die Turbine nach Deutschland zurückgeschickt werden soll. Kiew wettete seinerseits gegen die Entscheidung und bezeichnete sie als Aushöhlung der Sanktionen, während es behauptete, dass Russland stattdessen mehr Gas durch die Ukraine pumpen könne. Biritschewski hob hervor:

"Es ist nicht Russlands Schuld, dass die Europäer im Winter ohne Heizung und im Sommer ohne Klimaanlage sein müssen. Die Sanktionen wirken wie ein Bumerang auf die westlichen Volkswirtschaften zurück."

Die Beschränkungen der EU mögen für die russische Wirtschaft schmerzhaft sein, aber "unsere Vergeltungsmaßnahmen können auch ziemlich schmerzhaft sein", erklärte Biritschewski. Er fügte hinzu, dass Moskau bisher nichts unternommen habe, um den westlichen Ländern zu schaden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cea769b480cc2e2a2062a8.jpg>

17:00 de.rt.com: **Gebiet Cherson rechnet mit einer Verringerung der Getreideernte um 200.000 Tonnen wegen Brandschätzungen an Feldern**

Die Bauern des Gebiets Cherson werden in diesem Jahr bis zu 200.000 Tonnen weniger Getreide ernten können, sagte das Oberhaupt der militärisch-zivilen Verwaltung der Region Wladimir Saldo. Grund dafür seien Brandschätzungen und die Verminung von Feldern durch das ukrainische Militär. Saldo hatte bereits früher am heutigen Mittwoch ukrainische Truppen beschuldigt, Brände an Getreidefelder zu legen. In einer Sendung des Fernsehkanals Rossija 24 führte er aus:

"Nicht nur die verbrannte Ernte wird fehlen. Es hat sich herausgestellt, dass ein Teil der Felder, die im Frühling mit Getreide besät wurden, vermint wurde. Und nachdem diese Gebiete befreit wurden, können sie nicht von landwirtschaftlicher Technik bearbeitet werden, weil die Gefahr einer Sprengung besteht. Die Ingenieure sind im Einsatz, aber einige Felder in der Nähe der Gebiete Nikolajew und Dnepropetrowsk bleiben für die Ernte unzugänglich. Dem Gebiet Cherson werden bis zu 200.000 Tonnen Getreide fehlen – das ist viel." Konkret sei eine Ernte von 1,2 bis 1,3 Millionen Tonnen Getreide statt geplanter 1,5 Millionen Tonnen zu erwarten, so Saldo weiter. Gleichzeitig versicherte er, dass sich dies nicht auf der Versorgungssicherheit der Region niederschlagen werde und wies unter anderem auf eine große Ernte von Gemüse und Früchten hin. Insgesamt arbeite die Landwirtschaft der Region "ziemlich effektiv". Die Getreidefelder sollen außerdem in Zukunft durch Luftabwehrsysteme geschützt werden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cec69148fbef145723a561.jpg>

*Durch ukrainischen Beschuss verbranntes Getreide im Gebiet Cherson, Aufnahme vom 3.*

Juli.

17:20 de.rt.com: **Bewohner des Gebiets Saporoschje, die den Dienst in der ukrainischen Armee verweigert haben, sollen freigesprochen werden**

Die Bewohner des Gebiets Saporoschje, die sich geweigert hatten, in der ukrainischen Armee zu dienen, sollen von allen entsprechenden Anschuldigungen freigesprochen werden. Dies erklärte in einer Sendung des Kanals Solowjow Live das Mitglied des Rats der regionalen militärisch-zivilen Verwaltung Wladimir Rogow. Er sagte:

"Wir brachten eine Initiative vor, wonach alle Personen, die dafür verurteilt oder angeklagt wurden, dass sie sich geweigert hatten, Selenskij zu dienen, nicht bloß amnestiert werden, sondern von den Anklagen komplett freigesprochen werden. Sie werden vor dem Gesetz unschuldig sein."

Rogow fügte hinzu, dass solche Personen auch eine Belohnung erhalten könnten.

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 13. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 55 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 4000 Menschen wandten sich an medizinische Einrichtungen.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme vorbereitet, die Montage von Ausrüstung für eine Basisstation geht weiter.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Wolnowacha, Sachanka und Iljitschewskoje durchgeführt.

Gasleitungen im Bezirk Perschotrawnewoje wurden an die Gasversorgung angeschlossen.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 15 Hektar Territorium untersucht und 168 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministeriums der DVR zu wenden.

17:22 de.rt.com: **Medienbericht: Kanada willigt ein, fünf weitere Nord-Stream-1-Turbinen zu reparieren**

Die kanadische Regierung soll mit Siemens eine Vereinbarung über die Reparatur russischer Turbinen durch Siemens Kanada getroffen haben. Die Regierung werde eine Ausnahme von den Sanktionen gewähren, die für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren gelten soll. Während dieser Zeit würden von Siemens fünf weitere Nord-Stream-Turbinen repariert.

Kanada hat sich bereit erklärt, weitere Turbinen der Nord-Stream-1-Pipeline auf seinem Territorium durch Siemens Kanada reparieren und zurückliefern zu lassen. Die Genehmigung gelte für zwei Jahre. Dies geht aus Quellen der Zeitung [The Globe and Mail](#) hervor.

Den Quellen der Zeitung zufolge könnten in den nächsten zwei Jahren insgesamt fünf weitere Turbinen zur regelmäßigen Wartung an Siemens Kanada geschickt werden. Siemens Kanada werde die Ausrüstung dann nach Deutschland schicken, das diese an Russland übergibt. Der Zeitung zufolge werde es die Tatsache, dass die Turbinen nicht direkt an Russland zurückgegeben werden, Kanada ermöglichen zu behaupten, dass es nicht gegen die Sanktionen verstößt.

Gleichzeitig betonte einer der kanadischen Beamten, dass die Vereinbarung mit Siemens es der kanadischen Regierung ermögliche, die Genehmigung zur Aufhebung der Sanktionen auch jederzeit wieder zurückzuziehen.

Siemens selbst lehnte eine Stellungnahme gegenüber der Publikation ab. Ein Sprecher der kanadischen Außenministerin Mélanie Joly hat die vorübergehende Aufhebung der Sanktionen gegen die russischen Turbinenreparaturen weder bestätigt noch dementiert. Er sagte, es handle sich um eine Wiederaufnahme des "regulären Wartungsplans für die Turbinen für einen begrenzten Zeitraum".

Mitte Juni hatte Gazprom die Gaslieferungen durch Nord Stream 1 nach Deutschland zunächst um 40 Prozent und dann um ein weiteres Drittel reduziert. Als Grund nannte das russische Unternehmen, dass Siemens die Rückkehr der Gasturbinen aus der Reparatur verzögert habe. Siemens erklärte, dass die Turbinen in Kanada hergestellt werden und aufgrund der Sanktionen, die das Land gegen Russland verhängt hat, nicht aus der Reparatur zurückgeschickt werden können.

Vor dem Hintergrund der verringerten Lieferungen bat Deutschland, wo die Gassituation angespannt war, Kanada, die Turbine an Gazprom zu übergeben, woraufhin sich letztere bereit erklärte, sie an Berlin zu übergeben, das sie wiederum an Moskau weitergeben würde. Die Turbine könnte nach dem 14. Juli nach Russland verschifft werden.

Siemens bezeichnete die Entscheidung, die Turbine zu versenden, als politisch. Das Unternehmen erklärte, der Grund für die Verringerung der Pumpleistung durch die Nord-Stream-1-Pipeline sei eher politisch als technisch bedingt. Der Kreml hingegen hatte wiederholt Vorwürfe zurückgewiesen, Gas als politische Waffe einzusetzen. Laut Präidentensprecher Dmitri Peskow sei Russland sehr auf seinen "Ruf als verantwortungsvoller Lieferant" bedacht, und die Energiekrise in Europa sei "durch die Hände der EU" entstanden.

In der Ukraine wiederum wurde die Entscheidung Kanadas, die Turbine an Russland zurückzugeben, als "gefährliches Zugeständnis" bezeichnet. Laut Präsident Wladimir Selenskij wird jedes derartige Zugeständnis von den russischen Behörden als "Anreiz für weiteren, stärkeren Druck" empfunden, und in Zukunft könnten sie "versuchen, die Gaslieferungen nach Europa im akutesten Moment nicht nur einzuschränken, sondern ganz abzuberechnen".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cec9f648fbef17d36d4562.jpg>

### 17:39 de.rt.com: **Präsident flieht auf die Malediven – Sri Lanka erklärt Ausnahmezustand**

Im krisengeschüttelten Sri Lanka überschlagen sich die Ereignisse: Der bisherige Präsident, Gotabaya Rajapaksa, flieht auf die Malediven. Sein nicht minder unbeliebter Premier löst ihn vorübergehend ab – und verhängt den Ausnahmezustand sowie eine Ausgangssperre. Inmitten einer schweren Wirtschaftskrise und anhaltenden Protesten der Bevölkerung spitzt sich das politische Chaos in Sri Lanka zu. Präsident Gotabaya Rajapaksa floh am Mittwoch

mit seiner Ehefrau an Bord einer Militärmaschine in das Urlaubsparadies Malediven, wie die Behörden beider Länder bestätigten. Zum Nachfolger wurde übergangsweise der ebenfalls unpopuläre Premierminister, Ranil Wickremesinghe, ernannt. Das jedoch heizte die Proteste in dem südasiatischen Land weiter an. Kurz nach seinem Amtsantritt erklärte der 73-Jährige den Ausnahmezustand und verhängte eine Ausgangssperre.

Der Inselstaat südlich von Indien mit seinen etwa 22 Millionen Einwohnern durchlebt die schwerste Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1948. Die Wut der Demonstranten speist sich unter anderem aus dem seit Monaten bestehenden Mangel an Treibstoff und Gas zum Kochen, aber auch aus dem Fehlen von Medikamenten und Lebensmitteln.

Die hohe Inflation und stundenlange Stromausfälle sorgen ebenfalls für großen Unmut. Ein Grund dafür ist, dass Einnahmen aus der wichtigen Tourismusbranche im Zuge der Corona-Pandemie eingebrochen sind. Dem stark verschuldeten Land fehlt das Geld, um wichtige Güter zu importieren.

Präsident Rajapaksa (ebenfalls 73 Jahre alt) hatte angesichts der Unruhen am Wochenende ursprünglich angekündigt, am Mittwoch als Staatschef zurücktreten zu wollen. Seither war er nicht in der Öffentlichkeit gesehen worden. Bislang habe er seinen Rücktritt nicht offiziell eingereicht, was ihm Immunität vor Strafverfolgung garantiere, hieß es in Medienberichten. Das Amt hatte er Ende 2019 angetreten.

#### **Indien, China und Russland sollen helfen**

Am Wochenende hatte eine aufgebrachte Menschenmenge den Präsidentenpalast sowie ein Bürogebäude des Staatschefs gestürmt und besetzt sowie die private Residenz von Premier Wickremesinghe in Brand gesteckt. Auch dieser hatte sich zum Rücktritt bereit erklärt – falls eine Allparteienregierung gebildet werde. Den Ausnahmezustand begründete er am Mittwoch mit Geheimdienstberichten über eine drohende Erstürmung des Parlamentes und anderer Gebäude.

Die Nachricht von der Ausreise des Präsidenten löste zwar Jubel unter den Demonstranten in der Hauptstadt Colombo aus. Sie protestierten aber dagegen, dass nun der Premier das Amt des Staatschefs geschäftsführend übernimmt. Sie betrachten Wickremesinghe als Verbündeten des geflohenen Präsidenten und machen ihn gleichermaßen für die Wirtschaftsmisere verantwortlich. Die ordentliche Wahl des neuen Staatschefs unter den Abgeordneten des Parlamentes ist für den 20. Juli vorgesehen.

Tausende Demonstranten zogen am Mittwoch zum Büro Wickremesinghes und forderten ihn zur Aufgabe auf, wie auf Fernsehbildern zu sehen war. Andere versammelten sich vor dem Gebäude des staatlichen Rundfunks. Den Berichten zufolge setzte die Polizei Tränengas gegen die Demonstranten ein.

Angesichts der Krise hat die Regierung unter anderem den Internationalen Währungsfonds sowie Indien, China, Russland und andere Länder um Hilfe gebeten. Das UN-Nothilfebüro warnte im Juni, die schwere Wirtschaftskrise könne eine sich anbahnende Hungerkrise in Sri Lanka noch zusätzlich verschärfen. Das Land war zuvor zehn Jahre lang auf einem guten Entwicklungsweg und kam ohne humanitäre UN-Hilfe aus.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ceabb2b480cc2e2a2062ae.jpg>  
Armeeangehörige setzen Tränengas ein, um Demonstranten während einer Kundgebung vor dem Büro des sri-lankischen Premierministers zu vertreiben. Colombo, 13. Juli 2022.

**abends:**

**18:00 de.rt.com: DVR-Oberhaupt Puschilin: Alliierte Verbände zielen auf die Befreiung der Republik**

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik, Denis Puschilin, erklärte, dass sich die alliierten Streitkräfte Russlands und der Donbassrepubliken gegenwärtig auf eine Befreiung des Territoriums der DVR konzentrieren. Der Nachrichtenagentur RIA Nowosti zufolge sagte er: "Unsere Verbände unternehmen alle notwendigen Maßnahmen, um die Befreiung der Donezker Volksrepublik fortzusetzen, zumal momentan die alliierten Anstrengungen auf eine Befreiung der Donezker Volksrepublik konzentriert sind."

Nach Angaben der Donezker Nachrichtenagentur (DAN) meldete Puschilin außerdem, dass seit dem Beginn der Militäroperation insgesamt 244 Siedlungen von ukrainischen Streitkräften befreit wurden. Zu diesen gehören unter anderem die strategisch wichtige Stadt Wolnowacha südlich von Donezk, Mariupol, die größte Hafenstadt am Asowschen Meer sowie Swjatogorsk, wo sich ein großes orthodoxes Kloster befindet.

**18:20 de.rt.com: Ungarn ruft Energienotstand aus**

Die ungarische Regierung hat den Notstand im Energiesektor ausgerufen. Dies gab der Kanzleramtsminister Gergely Gulyás bei einem Briefing bekannt. Wörtlich hieß es:

"Um die ungarischen Familien und die Energieversorgung zu schützen, hat die ungarische Regierung wie viele andere Länder den Notstand im Energiesektor ausgerufen."

Ihm zufolge sei in den letzten Tagen deutlich geworden, dass Europa in der Herbst-Winter-Heizperiode wahrscheinlich mit einem Gasmangel konfrontiert sein werde. Gergely Gulyás gab bekannt:

"Die ungarische Regierung hat beschlossen, die Ausfuhr von Energieträgern und Brennholz zu verbieten."

**18:40 de.rt.com: Mariupol: Erste 1.000 Neubauwohnungen sollen bis 1. September fertiggestellt werden**

Die ersten 1.000 Wohnungen in einem Neubaugebiet in der Stadt Mariupol sollen bis zum 1. September fertiggestellt werden. Dies erklärte der Donezker Nachrichtenagentur (DAN) zufolge das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin:

"Geplant ist der Bau eines ganzen Wohngebietes, 1.011 Wohnungen in diesem Bezirk werden schon zum 1. September fertiggestellt werden. Die zweite Etappe dauert bis zum 1. Oktober. Das wird ein modernes Wohngebiet mit aller notwendigen Infrastruktur sein."

Ebenso soll bis zum Herbst der Bau eines medizinischen Zentrums abgeschlossen sein, so

Puschilin weiter.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cee22bb480cc5f9c417a98.jpg>

*Bau eines Wohnhauses in Mariupol, Aufnahme vom 10. Juli*

19:00 de.rt.com: **Puschilin: Weder Großbritannien noch Marokko wenden sich an die DVR bezüglich ihrer verurteilten Bürger**

Großbritannien und Marokko hätten sich nicht offiziell an die Behörden der Donezker Volksrepublik gewandt, was ihre zum Tode verurteilten Bürger betreffe. Dies erklärte der DVR-Chef Denis Puschilin:

"Das Vereinigte Königreich und Marokko haben uns noch nicht auf offizieller Ebene kontaktiert."

Drei in Mariupol gefangene Ausländer – zwei Briten, Aidan Aslin und Shaun Pinner, sowie der Marokkaner Ibrahim Saadun – wurden am 9. Juni in Donezk zum Tode verurteilt. Alle drei bekannten sich der bewaffneten Aggression als Kämpfer der Ukraine schuldig, die auf die Machtübernahme in der Volksrepublik Donezk abzielen soll.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cee9f448fbef125849fc11.jpg>

*Aiden Aslin, Ibrahim Saadun and Shaun Pinner*

19:30 de.rt.com: **Sacharowa bewertet Blinkens Aussage als medizinischen Fall**

Die Aussage vom US-Außenminister Antony Blinken über die 1,6 Millionen Ukrainer, die angeblich von den russischen Behörden gewaltsam festgehalten werden sollen, sei es wert, in die medizinische Enzyklopädie aufgenommen zu werden. Dies schrieb die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am 13. Juli auf ihrem Telegramm-Kanal:

"Ich besorge mir eine medizinische Enzyklopädie. Ein solcher Fall muss irgendwo beschrieben werden."

Zuvor hatte Blinken öffentlich behauptet, dass die russischen Behörden angeblich 1,6 Millionen Ukrainer zwangsweise festhalten, denen zuvor die ukrainischen Pässe abgenommen und russische Dokumente ausgestellt worden seien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cef4f0b480cc5f9c417aa4.jpg>

### 19:58 de.rt.com: **Gazprom kann den Weiterbetrieb der Nord-Stream-Pipeline nicht garantieren**

Im Streit um die Rückgabe der in Kanada generalüberholten Turbinen, die für die Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Gaspipeline erforderlich sind, konnte die Bundesregierung am Montag einen Erfolg vermelden. Nun jedoch lässt eine am Mittwoch veröffentlichte Erklärung des Gazprom-Konzerns Zweifel an der Erfolgsmeldung des deutschen Bundeskanzlers aufkommen.

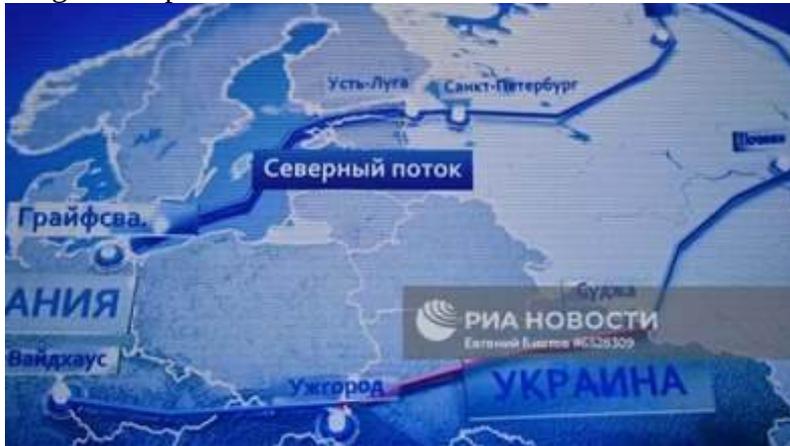
Derzeit mehren sich die Zweifel an einer baldigen Wiederaufnahme des wegen Wartungsarbeiten ruhenden Betriebs der Gaspipeline Nord Stream 1. In einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung teilte der russische Konzern Gazprom mit, die Ausfuhr der für die Wiederaufnahme unentbehrlichen Gasturbinen aus Kanada sei entgegen anderslautender Verlautbarungen deutscher Politiker nach wie vor nicht genehmigt. In der auf Telegram und auf Twitter veröffentlichten Erklärung heißt es:

"Gazprom verfügt über keine Dokumente, auf deren Grundlage es für den Konzern Siemens möglich wäre, das Gasturbinenriebwerk, das für die Kompressorstation Portowaja bestimmt ist und momentan etlichen Überholungsarbeiten in Kanada unterzogen wird, von dort auszuführen. Unter diesen Umständen erweist es sich als kompliziert, objektive Einschätzungen darüber zu geben, wie sich die Situation mit einem sicheren Betrieb der Verdichterstation Portowaja, die bekanntlich für die Gaspipeline Nord Stream von ausschlaggebender Bedeutung ist, weiter entwickeln wird."

Die in der Mitteilung erwähnten Turbinen wurden zur Reparatur nach Kanada gebracht. Wegen der Sanktionen gegen Russland verweigerte Kanada eine Erlaubnis für die Ausfuhr der reparierten Turbinen nach Russland. Am Wochenende hatte Bundeskanzler Olaf Scholz mitgeteilt, dass nunmehr eine [Erlaubnis für die Ausfuhr der Turbinen nach Deutschland](#) vorliege. Scholz dankte dem kanadischen Regierungschef Justin Trudeau dafür. Die Erklärung des Gazprom-Konzerns am Mittwoch lässt allerdings Zweifel an der Darstellung des deutschen Bundeskanzlers aufkommen.

Seit dem 11. Juli ist der Betrieb der 2009 fertiggestellten Gasleitung Nord Stream eingestellt. Nach dem Bekunden des Betreibers sind planmäßige Wartungsarbeiten der Grund. Unter anderem erfolgt die Wartung einer Verdichterstation im deutschen Lubmin (Mecklenburg-

Vorpommern). Der Gasfluss durch die Pipeline wurde für die Wartung, für die zehn Tage veranschlagt seien, abgeschaltet. Da die zweite durch die Nordsee gelegte Gasleitung Nord Stream 2 auf Betreiben der deutschen Bundesregierung nicht in Betrieb genommen werden konnte und Polen die Gaslieferungen über sein Territorium blockiert, erreicht russisches Erdgas Europa derzeit nur über die Ukraine.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ceec14b480cc60a8658be8.jpg>  
*Nord Stream und Ukraine: Die wichtigsten Wege, auf denen russisches Gas nach Europa gelangt*

#### 20:00 de.rt.com: **Ukraine bricht diplomatische Beziehungen zu Nordkorea ab – wegen Anerkennung der DVR**

Die Ukraine bricht die diplomatischen Beziehungen mit der Demokratischen Volksrepublik Korea ab, nachdem diese die Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkannt hat. Dies teilte der Sprecher des ukrainischen Außenministeriums Oleg Nikolenko auf Twitter mit:

"Die Ukraine bricht heute die diplomatischen Beziehungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea ab, um auf deren Entscheidung zu reagieren, die sogenannte 'Unabhängigkeit' der von Russland besetzten Gebiete im Donbass und im Gebiet Lugansk in der Ukraine anzuerkennen."

#### 20:18 de.rt.com: **Russland setzt sich durch: UNO verlängert grenzüberschreitende Hilfe für Syrien nur um sechs Monate**

Der Westen plädierte in letzter Zeit für eine weitere Verlängerung des UN-Mandats für die grenzüberschreitende Hilfe durch den einzigen verbleibenden Grenzübergang an der Grenze zur Türkei, über den Damaskus keine Kontrolle hat, womit unter anderem verhindert wird, dass die syrische Regierung die volle Souveränität über das gesamte Territorium des Landes wiedererlangen kann.

Der UN-Sicherheitsrat hat die Erlaubnis für internationale Hilfslieferungen nach Syrien über die türkisch-syrische Grenze um sechs Monate verlängert. Das Gremium verabschiedete in New York eine entsprechende Resolution, die auch eine Option auf eine weitere, nochmals sechsmonatige Verlängerung im Januar 2023 enthält. Zwölf von 15 Mitgliedern des Gremiums stimmten für die Resolution, die dem Sicherheitsrat von Russland vorgelegt wurde. Die USA, Großbritannien und Frankreich enthielten sich.

Für eine eventuelle weitere sechsmonatige Verlängerung wird die UNO wieder eine neue Sitzung des Sicherheitsrats im Januar einberufen. Westliche Beamte erklärten, dass sie nicht wissen, ob Moskau die Fortsetzung der Hilfe ab diesem Zeitpunkt wieder zulassen werde. Westliche Diplomaten sagten, sie beabsichtigen aber, erneut eine Verlängerung anzustreben, müssten aber auch Notfallpläne für den Fall erstellen, dass dieser sogenannte Hilfskorridor Anfang nächsten Jahres geschlossen werden müsste.

Irland und Norwegen, zwei nichtständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, hatten zuvor

mit Unterstützung der weiteren westlichen Staaten eine Verlängerung um 12 Monate für humanitäre Hilfslieferungen über den [Grenzübergang Bab al-Hawa](#) gefordert. Dies wurde aber von Russland blockiert. Moskau hat die grenzüberschreitende Hilfe für Syrien bislang als ein Mittel zur Lockerung der Sanktionen gegen Syrien oder für die Unterstützung des Wiederaufbaus des Landes genutzt. Russland zielt darauf ab, dass solche Hilfe in naher Zukunft über die syrische Hauptstadt Damaskus abgewickelt wird und nicht mehr über Gebiete in Nordsyrien, die durch islamistische Milizen kontrolliert werden.

Die neue Resolution des UN-Sicherheitsrats führe also zu einem weiteren Showdown mit Russland in sechs Monaten, wenn eine weitere Resolution erforderlich werde, um die Lieferung von Lebensmitteln, Wasser, Medikamenten und anderen lebensrettenden Gütern fortzusetzen, kommentiert das Wall Street Journal. "Wie die Regierung wiederholt gesagt hat, hat sie keinen Plan B für die grenzüberschreitende Unterstützung der Vereinten Nationen gefunden", kritisierte Andrew Tabler, ein Experte für Syrien am Washingtoner Institut für Nahost-Politik.

Der Westen plädierte in letzter Zeit für eine weitere Verlängerung des Mandats über die grenzüberschreitende Hilfe durch den einzigen verbleibenden Grenzübergang an der Grenze zur Türkei, über den Damaskus keine Kontrolle hat, womit unter anderem verhindert wird, dass die syrische Regierung die volle Souveränität über das gesamte Territorium des Landes wiedererlangen kann. Für den Westen scheint es zudem wichtig zu sein, dass jegliche UN-Hilfe nicht für einen uneingeschränkten Wiederaufbau Syriens genutzt werden kann. Der transatlantisch orientierte [FAZ](#)-Kommentator warnte diesbezüglich daher, Moskau wolle den "Griff" der syrischen Regierung auf die UN-Hilfe stärken und außerdem erreichen, "dass die Grenze zwischen humanitärer Hilfe und Wiederaufbauhilfe weiter aufgeweicht wird".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cec3ae48fbef17577264f2.jpg>

*Der Grenzübergang Bab al-Hawa, der die Türkei mit der syrischen Provinz Idlib verbindet, wird nach wie vor weitgehend von islamistischen Kräften kontrolliert.*

20:40 de.rt.com: **LVR: Lugansker Volksmiliz stößt in Außenbezirke der Stadt Soledar vor**

Die verbündeten Streitkräfte Russlands und der Volksrepublik Lugansk sind in die Außenbezirke der Stadt Soledar im Donbass vorgedrungen. Dies berichtete der Berater des Innenministers der LVR, Witali Kisseljow. Wörtlich hieß es:

"Die spezielle Militäroperation befreit weiterhin Siedlungen, die von der Nazi-Junta besetzt waren. Unsere motorisierten Schützeneinheiten sind in die Außenbezirke von Soledar vorgedrungen. Es sieht so aus, dass Soledar in ein paar Tagen frei sein könnte."

Kisseljow präzisierte weiter, dass die Artillereeinheiten ein Munitionsdepot mit rund 6.000 Stück Munition des Kalibers 122 Millimeter in Besitz genommen hätten.

Soledar ist eine Stadt in der DVR in der Nähe der Grenze zum Gebiet Lugansk. Die Stadt befindet sich aktuell unter Kontrolle Kiews. Die LVR-Einheiten bereiten derzeit eine Offensive in dem Gebiet vor.

21:00 de.rt.com: **Rumänischer Vize-Premier: "EU wird den Preis für Sanktionen gegen Russland zahlen müssen"**

Mit Blick auf die schwelende Gaskrise appellierte der stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens, Hunor Kelemen, an die EU-Bürger, sich auf einen harschen Winter einzustellen. Zugleich verteidigte er die westlichen Sanktionen gegen Russland als "einzig mögliches Druckmittel".

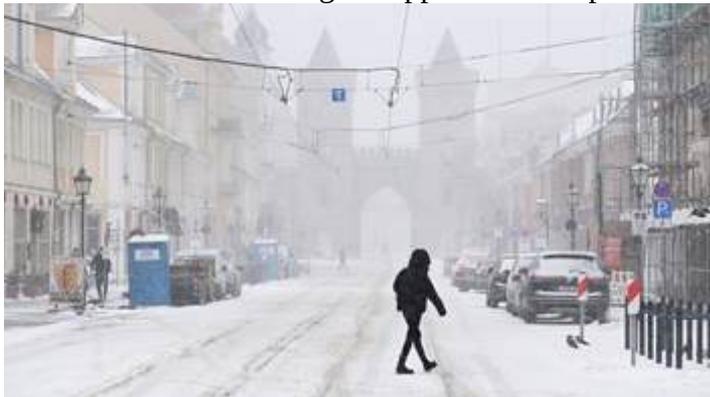
Die Europäische Union steuert als Folge ihrer Sanktionspolitik gegen Moskau auf den womöglich härtesten Winter seit Jahrzehnten zu. Damit werde der Kontinent einen hohen Preis für die zuvor verhängten Strafmaßnahmen zahlen müssen, meinte der stellvertretende rumänische Regierungschef, Hunor Kelemen, am Mittwoch gegenüber dem TV-Sender B1 TV. Er sagte:

"Zuallererst werden wir, die Europäische Union, für die Sanktionen gegen Russland bezahlen müssen. Die Wahrheit ist, dass wir alle in diesem Winter den Preis dafür zahlen werden, während es leider keine Anzeichen für ein Ende des Krieges gibt. Es wird ein harter Winter sein, vielleicht der härteste der letzten 40-50-60 Jahre."

Kelemen zufolge wird der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland länger dauern als erwartet, und Europa strapazieren. Der Vize-Premierminister verteidigte jedoch die Sanktionen, die der Westen als Reaktion auf Moskaus militärische Sonderoperation in der Ukraine verhängt hatte. Er betonte, Europa habe "kein anderes Druckmittel" gehabt. Trotz der wirtschaftlichen Probleme, die die EU plagen, versuchte Kelemen, einen optimistischen Ton anzuschlagen. Er erklärte, Rumänien werde in der Lage sein, die entstandenen Energieprobleme zu bewältigen. Der Politiker führte aus:

"Wir können etwa 80 Prozent des rumänischen Erdgasbedarfs decken, aber wir werden etwa zwei Milliarden Kubikmeter auf dem Markt kaufen müssen. Wenn das nicht der Fall ist, werden wir sicherlich mit einigen Problemen konfrontiert. Aber ich bin überzeugt, dass wir das Gas kaufen und Strom haben werden. Und dieser Ausgleich wird es uns ermöglichen, den Winter zu überstehen."

Am Montag hatte der russische Energie-Riese Gazprom den Betrieb der Pipeline Nord Stream 1 wegen geplanter Wartungsarbeiten ausgesetzt, die planmäßig bis zum 21. Juli abgeschlossen sein sollen. Zuvor hatte Russland den Gasfluss über die Erdgasleitung bereits Mitte Juni auf 40 Prozent ihrer Kapazität gedrosselt und dies mit der verspäteten Rückgabe einer gewarteten Turbine aus Kanada begründet, die durch westliche Sanktionen behindert wurde. All diese Faktoren haben die Energieknappheit in Europa noch weiter verschärft.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cedaeeb480cc59957716da.jpg>  
*Passantin auf einer verschneiten Straße in Potsdam*

21:00 de.rt.com: **Türkei: Einigung über gemeinsame Kontrolle in Häfen entlang der Getreideschiffahrtsrouten erzielt**

Der türkische Verteidigungsminister Hulusi Akar gab am Mittwoch im Anschluss an ein gemeinsames Treffen über den Getreidekorridor in Istanbul bekannt, dass die Unterzeichnung

eines endgültigen Dokuments zu dem Thema für nächste Woche erwartet werde. Weiter hieß es:

"Bei den Gesprächen, die positiv und konstruktiv verliefen, wurde eine Einigung über wichtige technische Fragen erzielt, zum Beispiel die Einrichtung eines Koordinierungszentrums in Istanbul unter Beteiligung von Vertretern aller Parteien, die Gewährleistung gemeinsamer Kontrollen an den Hafenausfahrten und Schiffsrouten." Militärdelegationen aus der Türkei, Russland, der Ukraine und eine UN-Delegation kamen am Mittwoch in Istanbul zusammen, um die Getreidefrage zu erörtern.

Die UNO erklärte wiederholt, dass der Welt aufgrund von Getreideknappheit eine Nahrungsmittelkrise drohe. Der Westen wirft Russland vor, den Zugang von ukrainischem Getreide zum Weltmarkt zu verhindern, während Moskau dies kategorisch zurückweist. So ließen die Kiewer Behörden etwa im Hafen von Mariupol Getreidespeicher in Brand stecken. Zudem verminten die ukrainischen Truppen das Küstengebiet des Schwarzen Meeres und verhinderten damit, dass die Waren per Schiff die Weltmärkte erreichen.